

69. Sitzung

Mittwoch, den 24. Juni 2009

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

"Die Finanzierung Nürburgring steht" auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3483 –	4169
"Scheinbare Finanzierung des Nürburgrings" auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/3491 –	4169
"Der Ministerpräsident und die scheinbare private Finanzierung der Investitionen am Nürburgring" auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3501 –	4169

Die Themen werden gemeinsam behandelt.

Es findet eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Wahl eines stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags – Drucksache 15/3492 –	4186
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

<i>Der Landtag wählt gemäß Artikel 134 der Verfassung für Rheinland-Pfalz und § 5 des Landesgesetzes über den Verfassungsgerichtshof mit Wirkung vom 14. August 2009 auf die Dauer von sechs Jahren einstimmig Herrn Karl-Heinz Hoffmeister, Hördter Straße 4, 76726 Germersheim, zum stellvertretenden nichtberufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz.</i>	4186
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

Wahl eines schriftführenden Abgeordneten Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3489 –	4186
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

<i>Der Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3489 – wird einstimmig angenommen.</i>	4186
-------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

**Wahl eines weiteren Ersatzmitglieds des Richterwahlausschusses,
das Abgeordnete des Landtags ist
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/3495 – 4186

*Der Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3495 – wird
einstimmig angenommen. 4186*

**Föderalismusreform II – Schuldenbremse für Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Entschließung –**

– Drucksache 15/3468 – 4187

*Der Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP
– Drucksache 15/3468 – wird einstimmig angenommen..... 4190*

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/2963 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses

– Drucksache 15/3507 –

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/3511 – 4190

*Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3511 –
wird bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen..... 4195*

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2963 – wird unter Be-
rücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 15/3511 –
in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit
angenommen..... 4195*

**Landesgesetz zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/3250 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 15/3508 – 4195

*Die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache 15/3508 – wird einstimmig angenommen..... 4198*

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3250 – wird unter Be-
rücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung – Drucksache 15/3508 –
in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig
angenommen..... 4198*

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesstraßengesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/3294 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
 – Drucksache 15/3509 – 4198

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3294 – wird in der zweiten
 Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 4198*

**Landesgesetz zur Fortentwicklung des Rechts der Gesundheitsfachberufe und zur
 Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates
 vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen für den
 Bereich der Gesundheitsberufe**
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/3334 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses
 – Drucksache 15/3510 – 4199

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3334 – wird in der zweiten
 Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 4199*

**Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des
 Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz**
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/3471 –
Erste Beratung 4199

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3471 – wird an den Innenausschuss
 – federführend -, an den Haushalts- und Finanzausschuss und an den Rechtsausschuss
 überwiesen. 4199*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Hendrik Hering; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Dr. Stefanie Lejeune, Uta Schellhaaß, Astrid Schmitt, Herbert Schneiders; die Staatsminister Dr. Heinz-Georg Bamberger, Malu Dreyer; die Staatssekretäre Dr. Hofmann-Göttig, Jacqueline Krae-ge, Dr. Rüdiger Messal.

Rednerverzeichnis:

Abg. Auler, FDP:.....	4193, 4197
Abg. Baldauf, CDU:	4171, 4180, 4185, 4187
Abg. Billen, CDU:.....	4175
Abg. Dincher, CDU:.....	4199
Abg. Eymael, FDP:.....	4179
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:.....	4196
Abg. Hartloff, SPD:	4169, 4174, 4185, 4187
Abg. Henter, CDU:.....	4190
Abg. Lang, SPD:.....	4178, 4179
Abg. Mertin, FDP:	4170, 4174, 4184, 4188
Abg. Ramsauer, SPD:	4196
Abg. Schreiner, CDU:.....	4196
Abg. Schweitzer, Harald, SPD:.....	4191
Abg. Winter, SPD:.....	4198
Beck, Ministerpräsident:	4181
Bruch, Minister des Innern und für Sport:.....	4193
Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:.....	4176, 4178
Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:	4172, 4189, 4197
Präsident Mertes:.....	4169, 4170, 4171, 4172, 4173, 4174, 4175, 4176
.....	4178, 4179, 4180, 4181, 4184, 4185, 4186
Vizepräsident Bauchhage:.....	4196, 4197, 4198, 4199
Vizepräsident Schnabel:.....	4187, 4188, 4189, 4190, 4191, 4193, 4195

**69. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 24. Juni 2009**

Die Sitzung wird um 14:02 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Ich darf Sie zur 69. Plenarsitzung hier in Mainz willkommen heißen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich, dass wir der Soldaten und auch ganz besonders des Soldaten aus Zweibrücken gedenken, der in Afghanistan gefallen ist.

(Die Anwesenden erheben sich
von ihren Plätzen)

Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, als schrifführende Abgeordnete sitzen bereits Herr Schweitzer und Herr Gebhart bei mir. Ich darf mitteilen, dass die Kollegin Schmitt, der Kollege Schneiders sowie die Kolleginnen Lejeune und Schellhaaß heute entschuldigt sind.

Wegen verschiedener Verpflichtungen fehlen Frau Dreyer – Teilnahme an der Gesundheitsministerkonferenz in Erfurt –, Frau Conrad – Teilnahme am Föderalismus-Symposium in Saarbrücken –, Herr Dr. Bamberger – Teilnahme an der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister in Dresden –, Herr Stadelmeier – Teilnahme am Föderalismus-Symposium in Saarbrücken –, Herr Professor Dr. Hofmann-Göttig – Teilnahme an der Tagung der UNESCO-Welterbekommission in Sevilla –, Herr Dr. Messal und Frau Kraege – Teilnahme an der Amtschefkonferenz zur Umweltministerkonferenz in Nonnweiler-Otzenhausen –.

Zum ersten Mal bei uns als Nachfolger für Frau Wopperer, die uns, wie Sie wissen, mit einer neuen Aufgabe im Süden verlassen hat, darf ich Herrn Adolf Kessel herzlich begrüßen. Seien Sie willkommen!

(Beifall im Hause)

Fühlen Sie sich bei uns wohl. Wir freuen uns, wenn wir Ihnen bei der Aufgabenerfüllung helfen können.

Frau Schmitt ist heute abwesend. Aber dennoch hatte sie 50. Geburtstag. Wir grüßen sie da, wo immer sie auch ist. Liebe Frau Schmitt, alles Gute in den nächsten zehn Jahren!

(Beifall im Hause)

Dann haben wir die Tagesordnung zu beschließen. Zu den Tagesordnungspunkten 6, 7, 8 und 9 in zweiter Beratung wurden die Beschlussempfehlungen inzwischen verteilt. Die Frist ist jeweils abzukürzen. Gibt es gegenteilige Meinungen? – Nein. Dann können wir die Tagesordnung so beschließen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit **Punkt 1** der Tagesordnung:

AKTUELLE STUNDE

**„Die Finanzierung Nürburgring steht“
auf Antrag der Fraktion der SPD**
– Drucksache 15/3483 –

**„Scheinbare Finanzierung des Nürburgrings“
auf Antrag der Fraktion der FDP**
– Drucksache 15/3491 –

**„Der Ministerpräsident und die scheinbare private
Finanzierung der Investitionen am Nürburgring“
auf Antrag der Fraktion der CDU**
– Drucksache 15/3501 –

Da alle drei Anträge den Nürburgring mit einschließen, haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, alle drei Anträge mit jeweils drei Runden à fünf Minuten Redezeit zusammen aufzurufen und zu besprechen.

Der erste Antrag auf unserer Tagesordnung ist der Antrag der Fraktion der SPD.

Es spricht Herr Abgeordneter Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einer der Artikel der letzten Wochen war überschrieben: „Nürburgring: SPD geht in die Offensive“.

Meine Damen und Herren, beim Nürburgring sind wir in der Offensive.

(Baldauf, CDU: Aber ohne
Abwehr und Torwart! –
Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Wir sind in der Offensive damit, dass wir vor etlichen Jahren beschlossen haben, dass am Nürburgring Investitionen notwendig sind, damit der Nürburgring zukunftsfähig sein kann.

(Beifall der SPD)

Sie wissen, das geht auf das Jahr 2004 zurück. Dass das so ist, war hier von großer Einmütigkeit getragen, dass man etwas machen muss. Wir haben uns lange darüber unterhalten, welcher Art die Projekte sein können. Man hat dann 2007 mit dem Bau begonnen. Es waren natürlich Vorstellungen, die präzisiert werden mussten. Es waren auch Gespräche über Finanzierungen, die präzisiert werden mussten. Am 9. Juli wird Eröffnung am Nürburgring sein. Das heißt, dort ist eine Menge investiert worden. Dort ist Wort gehalten worden, dass man diese Investitionen für die Zukunftsfähigkeit macht.

(Beifall der SPD)

Wenn man die Presse von heute hört, hört man, dass am Hockenheimring die Stadt Hockenheim wohl nicht

mehr in der Lage sein wird, Formel-1-Rennen auszutragen und es dort erhebliche Probleme gibt. Man hört und liest natürlich auch, wie schwierig das Geschäft der Formel 1 ist mit Ecclestone, mit Rennen in Silverstone oder nicht, mit einer Trennung der Firmen, die dort beteiligt sind.

Das heißt, man muss sich natürlich Gedanken um die Zukunftsfähigkeit einer solchen Rennstrecke machen, deren weltweites Renommee davon abhängig ist, was man dort veranstalten kann, wer dahin kommt, welcher Tourismus dort letztlich möglich ist.

Sie wissen, dass bei dem Projekt im Vordergrund steht, dass wir für die Eifel, für eine strukturschwache Region, die Zukunftsfähigkeit dieses Rings sichern und auf bessere Füße stellen wollen. Ich bin guten Mutes, dass das gelingt. Ich glaube, die 500 Menschen, die dort neue Arbeitsplätze schon jetzt gefunden haben, sind auch sehr froh darüber, dass dieses Invest in der Region tatsächlich angelangt ist.

(Beifall der SPD)

Natürlich ist es gar keine Frage: Wenn man für ein solches Projekt Businesspläne macht, die Zukunft beschreiben, dann ist das auch immer mit Risiken behaftet. Ich bin versucht zu sagen – in Anlehnung an Karl Valentin –: Natürlich sind die Prognosen am sichersten, die man für die Vergangenheit stellt! – Nachher ist man immer schlauer. Wer hätte 2007 oder 2004 prognostiziert, in welcher weltwirtschaftlichen Situation wir uns jetzt befinden?

Wer hätte prognostiziert, in welcher Finanzkrise wir uns befinden? In dieser Situation haben wir gesagt – dazu stehen wir –, wir stehen auch mit öffentlichen Mitteln dafür ein, dass die Investitionen am Nürburgring getätigt werden können und dort dann auch gewirtschaftet werden kann: beim Hotel, im Eifeldorf und bei den Wohnungen.

Die Nürburgring GmbH bemüht sich seit geraumer Zeit um eine private Finanzierung, wobei die CDU – oder die FDP – sagt, das sei wenig transparent. Der Finanzminister hat als Aufsichtsratsvorsitzender in vielen Sitzungen des Landtags über Zwischenschritte und über die Bemühungen berichtet, zu einer Finanzierung zu kommen.

Eines kann ich Ihnen gewiss sagen: Wir sind daran interessiert, dass durch eine private Finanzierung günstigere Konditionen erreichbar sind. Ich bin auch froh, dass der Herr Finanzminister uns am 16. Juni die Nachricht geben konnte, dass diese Mittel auf dem Weg Richtung Nürburgring sind und bereits erste Finanzierungstranchen in die Schweiz geflossen sind und weiter geprüft werden. Sie werden, natürlich auch in unserem Interesse, weiter geprüft auf die Seriosität der Mittel und die Ordentlichkeit der Finanzierung. Da gibt es überhaupt kein Vertun, und da gibt es auch keinen Dissens. –

Weiteres in der zweiten Runde.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Es ist jetzt etwas kurios: Es liegen keine Wortmeldungen vor. – Herr Kollege Mertin, bitte schön.

(Hartloff, SPD: Ich könnte gleich weitermachen!)

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt nur scheinbar die Finanzierung gesichert. Das möchte ich für meine Fraktion unter drei Aspekten begründen.

Ich weiß nicht, ob das Geld zwischenzeitlich bei der Nürburgring GmbH angekommen ist; jedenfalls beruht der erste Aspekt auf den Informationen, die wir bisher haben. Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten die Aussage des Herrn Finanzministers aus der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 9. Juni 2009 zitieren.

Dort heißt es: „Aber es handelt sich hier jeweils um unwiderrufliche Überweisungsanweisungen, die dann automatisch von den beteiligten Banken ausgeführt werden,“ Das heißt, wenn das Geld in der Schweiz ist, läuft alles andere automatisch ab.

Eine Woche später, in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 16. Juni 2009, heißt es, wiederum vom Herrn Finanzminister: „Aber der entscheidende Punkt ist erledigt, dass nämlich die Finanzierung in einem Umfang bereits stattgefunden hat, dass es für keinen der Beteiligten besonders vernünftig wäre, dies jetzt nicht zu Ende zu bringen.“

Das Zweite ist jedenfalls kein Automatismus mehr. Es wäre nicht besonders vernünftig. Aber man kann das auch umdrehen und sagen: Dann ist es auch nicht besonders unvernünftig, das nicht zu Ende zu bringen. – Jedenfalls versteht die FDP-Fraktion unter Sicherheit an der Stelle etwas anderes.

(Beifall bei der FDP)

„Automatisch“, „nicht vernünftig“ oder „nicht besonders vernünftig“ sind ganz unterschiedliche Begriffe in dem Zusammenhang.

Ein zweiter Aspekt spielt hier eine Rolle. Sie sagen, eine private Finanzierung sei gesichert. Sie ist allerdings letztlich nur dann gesichert, wenn der Nürburgring nach den Businessplänen und der tatsächlichen Entwicklung am Schluss betriebswirtschaftlich immer so viele schwarze Zahlen schreibt, dass auch die Kosten dieser privaten Finanzierung dadurch gedeckt sind. Nur dann ist letztlich die Finanzierung gesichert.

(Beifall der FDP)

Dritter Aspekt: „Scheinbar“ sage ich, weil wir das Konstrukt immer noch nicht voll überprüfen können. Erst dann können wir aber sicher sein, dass es eine ordentliche und gesicherte Finanzierung ist.

Ich erinnere daran, dass sich Vertreter der SPD, zum Beispiel Herr Müntefering, schon sehr über Hedgefonds aufgeregt, sie als „Heuschrecken“ bezeichnet haben

(Dr. Schmitz, FDP: Als „Kanailen“!)

und öffentlich gefordert haben, dass deutlich werden muss, wer hinter solchen Fonds steht, wer das Kapital zur Verfügung stellt.

(Beifall der FDP)

Es werden Forderungen erhoben, was die Kontrolle von Finanzinvestitionen angeht. Mehr Transparenz solle herrschen – und vieles mehr.

Schauen wir uns dann einmal die Durchführung durch die SPD-geführte Landesregierung in diesem Zusammenhang an. Ich kann bis heute nicht schlüssig nachvollziehen, welchem Geschäft wir mit den 95 Millionen Euro Nürburgring-Geld – Landesgeld, das in Zürich hinterlegt worden ist – letztlich auf die Beine geholfen haben. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall der FDP)

Die Lebensversicherungen sollen es nach den letzten Äußerungen nicht mehr sein. Ich weiß nicht, wer die Beteiligten sind. Ich weiß nicht, um welches Geschäftsmodell es sich handelt. Mir wird nicht gesagt, wer die Beteiligten sind. Mir wird auch nicht erläutert, worin das Geschäftsmodell im Einzelnen besteht. Wie ich höre, hat die Nürburgring GmbH sogar 700.000 Euro vorgestreckt, damit das Geschäftsmodell entwickelt wird. Wie das jetzt haarklein abläuft, habe ich bis heute noch nicht erfahren.

Ich lasse mit mir darüber reden, ob man dem Parlament das alles offenbaren muss, solange das Geschäft schwebt. Aber nach den Äußerungen des Herrn Finanzministers schwebt es nicht mehr. Dann ist es aber das gute Recht des Parlaments, jetzt eine Antwort auf die Frage zu erhalten: Was für ein Geschäft ist mit den Mitteln des Landes auf den Weg gebracht worden?

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Wer steckt dahinter? Was wird damit gemacht? – Das wäre Transparenz.

Herr Finanzminister, da Sie im Ausschuss immer sagen, Sie hätten Vertraulichkeit zugesichert und seien nur ermächtigt worden, dieses und jenes zu sagen, erkläre ich Ihnen: Wenn Sie anderen gegenüber Vertraulichkeit zusichern und damit meinen, dass Sie das auch dem Parlament nicht sagen werden, machen Sie Verträge zulasten des Parlaments, zulasten der parlamentarischen Kontrolle und letztendlich auch zulasten der Demokratie. Das lassen wir uns als Parlament – meines Erachtens zu Recht – nicht bieten. Jedenfalls lässt sich die FDP-Fraktion das nicht bieten. –

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Eines muss klar sein: Das Parlament muss in der Lage sein, so etwas zu kontrollieren. – Wir können auch den Verfassungsschutz kontrollieren. Dafür haben wir be-

stimmte Instrumentarien geschaffen. Wenn das Geschäft, das Sie eingegangen sind, nur dadurch möglich ist, dass Sie den Beteiligten Vertraulichkeit zusichern und damit meinen, dass auch das Parlament dies nicht vollinhaltlich kontrollieren kann, ist dieses Geschäft nicht zulässig; denn Sie entziehen es der parlamentarischen Kontrolle.

(Beifall der FDP und der CDU)

Insofern werden wir ab jetzt Fragen stellen, und wir erwarten auch eine umfängliche Antwort. Wir wollen wissen, welches Geschäft mit diesen Geldern, auch bei Dritten, letztendlich in Gang gesetzt worden ist und wer daran beteiligt ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Baldauf das Wort.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es bereits in der letzten Woche im Fernsehen gesagt:

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Uns reicht es jetzt. – Herr Finanzminister, uns reicht es, dass wir immer wieder Stück für Stück etwas über die Compliance, über die entsprechenden SWIFTs und darüber, wie sicher so etwas ist, erzählt bekommen, und es passiert nichts.

Dann erklären Sie uns doch tatsächlich, Sie hätten jetzt endlich die private Finanzierung hinbekommen. Jetzt komme der erste Teil. Im August, wenn alles gut gebaut ist, komme der zweite Teil, und im Dezember komme der dritte Teil. Im gleichen Atemzug erklären Sie aber, Sie wüssten nicht, ob Sie im August überhaupt das komplette Geld bekämen, weil Ihnen gar nicht bekannt sei, ob all diese Bauwerke mängelfrei sind.

Herr Minister, Sie machen uns hier seit Wochen, Monaten und Jahren vor, Sie könnten eine private Finanzierung leisten. Bis heute haben Sie diesen Beweis nicht erbracht. Hier und heute steht fest: Es gibt diesen privaten Investor nicht. Das Geld ist nicht bei der Nürburgring GmbH. Im Moment wird das alles staatlich – über uns alle, über unsere Steuergelder – finanziert. Das nehmen wir nicht mehr hin, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, nachdem sie jetzt erklärt haben – ich bin wirklich aus allen Wolken gefallen –, das Geschäft, das hier läuft, sei seriös und Sie könnten genau nachvollziehen, wie die einzelnen Verträge aussehen, wie die einzelnen Vertragsgestaltungen sind – – –

(Ministerpräsident Beck: Das habe ich nicht gesagt!)

– Genau das haben Sie gesagt.

(Ministerpräsident Beck: Nein,
das habe ich nicht gesagt!)

– Aber Sie können hier nachher gern endlich einmal Stellung dazu nehmen. Ich bin sehr gespannt darauf, was Sie dazu sagen.

(Ministerpräsident Beck: Nur
nicht falsch zitieren!)

Das, was Ihr Finanzminister macht, wird von Ihnen komplett gedeckt. Hier geht es um die Fragen: Sind es amerikanische Lebensversicherungen? Welcher große Amerikaner steckt denn dahinter? Welche Zuverlässigkeit haben wir in diesen Dingen? –

Hier zockt jemand. Das kann doch gar nicht anders sein. Aber Sie stellen sich noch hierhin und sagen, das sei seriös, einem ehrlichen Kaufmann angemessen und ein Vorbild für alle, die etwas finanzieren.

Wir haben es hier mit Staatsgeldern zu tun. Der Staat hat eine Vorbildfunktion. Die nimmt er in diesem Fall nicht wahr. So ein Geschäft macht man nicht, Herr Ministerpräsident!

(Beifall der CDU)

Dann wird es immer interessanter. Plötzlich liegen neue Verträge vor; dies unabhängig davon, dass wir die Verträge, die Sie uns gezeigt haben, mit der Lupe lesen müssen, weil Sie sie so kopiert haben, dass man sie nicht genau lesen kann.

Es gibt also neue Verträge. Wo sind sie? Herr Ministerpräsident, nehmen Sie einmal Stellung dazu. Nennen Sie uns einmal die Vertragsinhalte.

Ich sage Ihnen eines: Wer heute als Staat – im Übrigen wird das bei Kommunen verlangt – ein Geschäft dieser Art tätigt, muss mindestens in den Vertrag hineinschreiben, dass er genau wissen will, wie das durchfinanziert ist, welche Vertragspartner hinter diesem Projekt stehen und wie genau diese Gelder in welcher Form fließen.

Herr Finanzminister, Sie berufen sich darauf, das selbst nicht zu wissen. Es ist schlimm, dass Sie das nicht wissen. Sie können also auch nicht ausschließen, dass es hier vielleicht nicht ganz mit rechten Dingen zugeht. Auffällig ist nur, dass ein solches Geschäft noch nicht einmal der Staat finanzieren kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns reicht es. Herr Ministerpräsident, wir wollen hier und heute von Ihnen Folgendes wissen: Wer steht dahinter? Welche Verträge sind das? In welcher Form wird das finanziert? Wann kommt das Geld? Welche Haftung hat dieser Staat in diesem Zusammenhang? – Das müssen Sie uns heute hier erklären, und Sie müssen uns die ganzen Unterlagen auch zeitnah vorlegen.

Ansonsten – das sage ich auch ganz deutlich – ist Schluss im Hause. Dann müssen wir ernsthaft darüber nachdenken, ob wir mit anderen Mitteln, beispielsweise

auch mit einem Untersuchungsausschuss, diesen Dingen genauer nachgehen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, wir haben Gäste im Haus. Das ist einmal der VdK Hachenburg. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Zum anderen sind das die Soldaten des Kreisverbindungskommandos Waldsee. Seien auch Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ferner ist das die SPD-Singgruppe „Rote Raben“ aus Mutterstadt. Seien Sie ebenfalls herzlich willkommen!

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schon vor der Privatisierung der Immobilien verfügt der Nürburgring über eine gesicherte und sehr günstige Finanzierung. Dies ist oftmals erläutert worden.

Es wurde die Chance gesehen, über die private Firma Pinebeck zusätzliche wirtschaftliche Vorteile zu erzielen. Der Nürburgring hat sich entschieden, diese Chancen auch zu nutzen.

Entsprechende Verträge wurden im Juli vergangenen Jahres unterzeichnet. Die Fraktionen können seit einigen Wochen diese Verträge einschließlich sämtlicher Veränderungen an diesen Verträgen, also die entsprechenden Nachträge, einsehen.

Im Herbst vergangenen Jahres ist der erste Anlauf für diese Finanzierung nicht zustande gekommen. Dies hängt unmittelbar mit der Finanzmarktkrise zusammen. Sie werden sich erinnern, dass das Bankhaus Lehman Brothers im September gefallen ist. Danach war Vieles nicht mehr so, wie es vorher war.

Im März dieses Jahres habe ich hier im Landtag angekündigt, dass der Nürburgring einen zweiten Anlauf unternehmen will. Der Rechnungshof ist darüber vorher informiert worden und weiß also, dass insbesondere 95 Millionen Euro erneut auf ein Nürburgringkonto eingezahlt sind. Die Zinsen kommen dem Nürburgring zugute. Es handelt sich ausschließlich um einen Liquiditätsnachweis.

Ich habe damals im März gesagt, innerhalb von sechs Wochen muss die Sache stehen. Nach sechs Wochen war erkennbar, dass sie steht,

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

sodass anschließend die Zahlung eingeleitet wurde. Ich habe Ihnen Mitte Mai erläutert, dass die Zahlung unmittelbar bevorsteht.

Sie wissen, dass dann eine Bank aufgrund der diskreditierenden Informationen in diesem Land, die insbesondere im Internet über dieses Unternehmen zu lesen waren, ausgestiegen ist. Das hat das Unternehmen nicht mehr hingenommen.

Danach hat es natürlich einen Zeitverzug gegeben, weil einiges neu aufgestellt werden musste. Herr Baldauf, das gilt im Übrigen nicht für die Verträge zwischen Nürburgring und Pinebeck, sondern es geht ausschließlich um den Finanzierungsbereich.

Es hat einen Zeitverlust von vier Wochen gegeben. Ich habe Ihnen dann am 9. Juni im Haushalts- und Finanzausschuss dargestellt, dass die Finanzierung wieder anläuft, weil in der Zwischenzeit alle Voraussetzungen wieder gegeben sind.

Ich habe Ihnen gleichzeitig gesagt, dass ich dem Kabinett vorgeschlagen habe – das wurde dann übrigens auch im Aufsichtsrat des Nürburgrings nachvollzogen –, dass wir uns sieben Tage Zeit geben. Bis dahin muss die Finanzierung anlaufen.

Am 13. Juni ist dann die Finanzierung aus den USA in der Schweiz eingetroffen. Dies ist belegt worden. Darüber habe ich am 16. Juni das Kabinett informiert. Anschließend habe ich die Presse und den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr informiert.

Herr Baldauf, am 9. Juni habe ich im Haushalts- und Finanzausschuss – zum Glück liegen Wortprotokolle vor – deutlich gemacht, dass es einen bestimmten Finanzierungsweg gibt. Dieser Finanzierungsweg sieht nicht so aus, dass Nürburgring der unmittelbare Adressat ist, sondern selbstverständlich zuerst der Schweizer Kaufmann, der als Vermittler tätig ist, und danach Pinebeck.

Am 16. Juni habe ich noch einmal deutlich gemacht, dass aufgrund der Dimension, um die es geht, sehr sorgfältig vorgegangen wird. Auch der Nürburgring und das Land legen großen Wert darauf, dass jeder Schritt auf das Penibelste abläuft, sodass deshalb zwei bis drei Wochen vergehen werden, bis Geld beim Nürburgring ankommt.

Wenn Sie dann vom 16. Juni zwei bis drei Wochen rechnen, sind Sie Anfang Juli, ich meine, auf jeden Fall vor dem 9. Juli.

Wie ist der Stand heute? Bis jetzt läuft die Finanzierung planmäßig. Wenn ich das Ganze einmal als Fünf-Stationen-Modell von der Quelle bis zum Ziel darstelle – Quelle ist der Investor, und Ziel ist Nürburgring –, sind

wir im Moment auf dem Weg von der zweiten zur dritten Station.

Das ist der aktuelle Sachstand.

(Licht, CDU: Überall sind Ampeln!)

Deshalb kann man davon ausgehen, dass in ungefähr eineinhalb bis zwei Wochen dieses Geld beim Nürburgring ankommt.

(Zurufe von der CDU)

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Es hat keine Veränderung des Vertrages zwischen dem Nürburgring und Pinebeck gegeben. Es hat natürlich Veränderungen auf der Investorenseite geben müssen. –

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Wenn eine andere Bank eingeschaltet ist, bleibt das nicht aus.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Im Übrigen gelten alle Bedingungen, die Ihnen immer genannt worden sind.

Jetzt noch einmal zum Geschäftsmodell. Auch das will ich präzise sagen. Ich habe Ihnen immer das Geschäftsmodell der Pinebeck auf der Basis der Lebensversicherungen dargestellt. Die Pinebeck hat dieses Geschäftsmodell veräußert und daraus unmittelbar Eigenkapital generiert, sodass die Finanzierung für Nürburgring überwiegend aus Eigenmitteln erfolgt. Dieses Geschäftsmodell liegt auch nicht beim Schweizer Kaufmann, sondern ist letztendlich bei den Investoren angesiedelt, die genau das Geschäftsmodell, das Ihnen häufig erläutert worden ist und das damit nicht unbekannt ist, in dieser Weise umsetzen.

Risiken für den Nürburgring: Keine. – Risiken für Pinebeck: Aus der neuen Variante auch keine. – Aus den SLS selbst gibt es nur sehr geringe Risiken. Die entsprechenden Kataloge deutscher Banken über dieses Geschäftsmodell – da gibt es eine ganze Menge – zeigen genau, wie es angelegt ist. Auf der Basis läuft das alles ab.

Das ist also insgesamt eine überschaubare, transparente, Ihnen häufig dargestellte Finanzierung, die jetzt in ihre Schlussbahn kommt. Schlussbahn insofern, dass sich die Mittel in Richtung Nürburgring bewegen. Wie gesagt, das wird aber noch eineinhalb bis zwei Wochen dauern.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, eben habe ich das Kreisverbindungskommando nach Waldsee gelegt. Es heißt aber Rheinland-Pfalz. Glauben Sie mir aber, dass Waldsee nicht

diskriminierend ist, sondern das ist ein schöner Ort. Dann ist das klargestellt. – Herr Kollege Hartloff, Sie haben das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Baldauf, Sie intonieren: Uns reicht's jetzt. – Heißt das, Sie wollen eine mögliche Privatfinanzierung abbrechen und damit sagen, wir finanzieren das mit staatlichem Hintergrund zu anderen Konditionen und mehr Geld? Dann sprechen Sie das aus.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

In der nächsten Sequenz Ihrer Rede sagen Sie, dass Sie eine staatliche Finanzierung nicht hinnehmen.

Herr Kollege Baldauf, was darf's denn sein, wenn das Projekt da steht? Ihnen geht es um den Klamauk und das Palaver, aber nicht um die Sache.

(Beifall der SPD)

Sie kündigen an, dass Sie eventuell einen Untersuchungsausschuss machen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, selbstverständlich ist die SPD-Fraktion Antragsteller für den gemeinsamen Antrag, den wir morgen behandeln, dass der Rechnungshof die Finanzierung prüft und feststellt, ob Transparenz bei den Gesellschaften des Landes herrscht.

Wenn Sie einen Untersuchungsausschuss durchführen wollen, werden Sie das tun. Wir werden dann weitere Erkenntnisse und Stunden mit dem Sachverhalt verbringen.

Wenn Sie auf die Erläuterung des Finanzministers, dass das vielleicht auch etwas mit Lehman Brothers und dem Finanzmarkt zu tun hat, dazwischenrufen, was denn das damit zu tun hat, ist das aus meiner Sicht erschreckend.

(Beifall der SPD)

Das ist erschreckend, weil Sie nicht bereit sind zu merken, was die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen dieser Krise für die Fragen bedeutet, wie man Privatkredite finanzieren und Finanzierungen aufstellen kann.

Das bedeutet natürlich auch die entsprechenden Auswirkungen auf eine privatrechtliche Finanzierung dieses Projektes. Ich glaube, wer etwas anderes glaubt, der lebt in einer anderen Welt.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Ich will auf das eingehen, was Herr Kollege Mertin gesagt hat. Natürlich ist die Finanzierung letztlich davon anhängig, wie sich betriebswirtschaftliche Ergebnisse beim Nürburgring erwirtschaften lassen.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Wie ist, wenn man Gebäude least, die entsprechende Leasingrate zu erwirtschaften, und was muss man erwirtschaften? Bei einer konventionellen Finanzierung muss man mehr erwirtschaften, als wenn man den Finanzvorteil, den der Finanzminister dargestellt hat, erhalten kann. Das ist ein betriebswirtschaftlicher Zusammenhang.

Es geht darum, ob man den tatsächlich erzielen kann oder nicht, und zwar selbstverständlich unter der Kontrolle des Parlaments. Bei den laufenden Fragen ist diese hier in sehr großer Offenheit oder über dieses Maß hinaus erfüllt.

Es liegt mir auch vollkommen fern zu kritisieren, wenn Presse und Medien Informationsbedürfnisse haben. Das gehört dazu. Das gehört auch dazu, wenn eine schwierige Finanzierung dargestellt wird. Ich sage überhaupt nichts Neues, wenn ich feststelle, dass die Finanzierung, die in schwierigen Zeiten versucht wird, schwierig ist.

Darüber steht, dass diese Finanzierung für die Nürburgring GmbH finanzielle Vorteile bringt. Als Hintergrund gilt hierzu das, was ich vorhin gesagt habe, dass die Mittelherkunft so geklärt sein muss, dass in der Finanzierung nicht irgendwelche illegalen Gelder oder Sonstiges enthalten sind. Hier gibt es überhaupt kein Vertun. Das prüfen die beteiligten Banken.

Wir haben sehr viel über Compliance und anderes gelernt. Ich gebe zu, ich habe vorher in diesem Umfang auch nicht gewusst, wie man damit umgeht. Es wird nach anderen Vorschriften geprüft, nämlich nach dem Geldwäschegesetz und anderen Vorschriften. Das ist selbstverständlich. Das nimmt Zeit in Anspruch. Warum sollten wir keine Geduld haben?

Herr Mertin, Sie haben nach dem Zitat des Ministers gesagt, dass man den Vorgang vernünftigerweise nicht abbricht. Es gibt immer Unwägbarkeiten des Lebens. Warum sollten wir den Vorgang abbrechen, wenn diese Prämissen erfüllt sind? Ich meine, das sollten wir nicht tun. Wir sind gehalten, diese Vorteile für das Projekt zu erzielen. Dies ist auch vertretbar und vernünftig.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mertin.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hartloff, natürlich hat das, wenn das so funktioniert, betriebswirtschaftlich Vorteile. Das habe ich nie geleugnet, weshalb ich auch nie vehement dagegen spreche, dass man einen solchen Weg beschreitet. Ich habe nur etwas dagegen, wenn man mir nicht genau erklären will, wie das funktioniert.

Wir haben doch in den letzten Jahren gerade bei Landesbanken hinreichend Erfahrungen damit gemacht, wo

vermutlich Aufsichtsräten gesagt worden ist, keine Sorge, wir kaufen diese Papiere Triple A geratet.

(Beifall der FDP)

Keiner hat sich mit den Papieren und was dahinter steht, beschäftigt. Es ist alles Triple A geratet und sicher. Das kostet jetzt Milliarden.

Der Herr Finanzminister hat eben gesagt, dass alles x-fach durchgeprüft ist. Ich zitiere sehr frei. Sie haben es auch so in den Ausschüssen gesagt. Das will ich gerne glauben. Ich will aber anders als die Aufsichtsräte von damals wissen, wie dieses Geschäft funktioniert.

(Beifall der FDP)

Sie haben auch jetzt nicht erklärt, welches Geschäft man mit 95 Millionen Euro Liquiditätsnachweis letztlich auf den Weg gebracht hat. Das SLS-Geschäft ist – das sagen Sie – von Pinebeck veräußert worden. Eigentlich war der Liquiditätsnachweis für Pinebeck. Diese haben das jetzt veräußert. Wieso brauchen diese noch einen Liquiditätsnachweis? Das alles weiß ich nicht. Ich weiß immer noch nicht, welche Person dahinter steht.

Sie haben häufig um Geduld gebeten, dass die Compliance-Prüfungen und Reputationsprüfungen durchgeführt werden. Ich verlange nur, dass das Parlament all die Tatsachen erhält, die notwendig sind, damit das Parlament selbst eine Reputationsprüfung durchführen kann. Das können wir bisher nicht. Wir müssen Ihnen glauben, dass es so ist.

(Beifall der FDP)

Wir können es selbst auch aus den Verträgen, die Sie vorgelegt haben, nicht nachvollziehbar ableiten. Darum geht es. Selbst wenn das Geld bei der Nürburgring GmbH angekommen ist, bleibt trotzdem das Kontrollrecht des Parlaments bestehen, nämlich zu erfahren, welche Geschäfte mit Mitteln des Landes über die Sicherheit, die in der Schweiz als Liquiditätsnachweis hinterlegt worden ist, eigentlich auf den Weg gebracht wurden.

Dazu gehört, dass man sagt, um welches Geschäft es sich handelt, wer die Beteiligten sind und wann und wie etwas abgewickelt wird. Das ist bisher nicht gesagt worden. Die Verträge, die mir vorgelegt wurden, sagen dazu gar nichts aus.

Das erlaubt dem Parlament in keiner Weise, nachvollziehen zu können, ob das Modell, das gewählt worden ist, einer solchen Prüfung standhält.

Das ist das, was wir den Aufsichtsräten bei den Landesbanken vorwerfen, dass sie sich nämlich auf Triple A verlassen haben und sich über das Dahinterliegende nicht schlaue gemacht haben. Jetzt erwarten Sie, dass das Parlament den gleichen Fehler wie die Aufsichtsräte begeht. Diesen Fehler will jedenfalls die FDP-Fraktion nicht machen. Deswegen werden wir nachfragen.

(Beifall der FDP)

Wenn Sie Transparenz auf diesem Gebiet einfordern, muss das tatsächlich praktiziert werden. Wir haben in den letzten Wochen in den Zeitungen nachgelesen, dass in einem anderen Bereich in viel größerem Umfang Transparenz geübt wird.

Mit einer von der SPD mit unterstützten Bundesregierung ist auf europäischer Ebene beschlossen worden, dass jeder, der Agrarsubventionen erhält, im Internet sozusagen an den Pranger gestellt wird.

Seitdem kann ich nachlesen, was der Kollege Billen erhält. Er muss sich die Transparenz gefallen lassen. Wieso wird der Investor besser geschützt als Herr Billen? Der Investor hat dieses Geschäft auch mit staatlichem Geld auf den Weg bringen können.

(Beifall der FDP)

Das wird mit zweierlei Maß gemessen. Das kann nicht in Ordnung sein. Die Transparenz, wie Sie sie einfordern, sieht letztlich anders aus. Transparenz bedeutet, dass man mit Ross und Reiter wissen muss, wer was hier wie macht. Das ist bisher nicht gegeben. Deswegen können wir nicht sagen, dass das Parlament transparent beteiligt worden ist. Deswegen werden wir diese Fragen auch in den nächsten Wochen weiterhin stellen.

(Beifall der FDP –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Billen.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wahre Frage nach der Transparenz und der Nachvollziehbarkeit ist sehr deutlich von Herrn Baldauf und Herrn Mertin angesprochen worden.

Aber es gibt noch einen Grundsatz. Gerade nach der Finanzkrise gibt es diesen Grundsatz umso mehr. Darf der Staat – – –

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Da haben Sie recht, Herr Ministerpräsident. Wir sind noch nicht nach der Finanzkrise, wir sind in der Finanzkrise. Da haben Sie vollkommen recht.

Darf der Staat einer privaten Firma – in dem Fall P i n e b e c k oder Pinebeck; es kommt darauf an, ob man die luxemburgische oder die deutsche Firma meint –, die nicht genügend Geld hat, 5 Millionen Euro Liquiditätsnachweis geben, um damit Geschäfte zu ermöglichen, die sie sonst nicht hätte tun können? Da sagen wir als CDU vom Grundsatz her, als guter Kaufmann und als Vorbild darf der Staat dies nicht. Das darf ein Privater, der Staat nicht.

(Beifall der CDU)

Es wird sehr fragwürdig, wenn man die Ergebnisse sieht. Dadurch, dass man 95 Millionen Euro Liquiditätsnachweis in die Schweiz schickt, erreicht man eine – ich sage dies bewusst – scheinbare private Finanzierung, bei der man 30 Millionen Euro Ertragsanteil bekommt. 30 Millionen Euro für 95 Millionen Euro, die man mit Verzinsung wieder zurückholen kann. 30 Millionen Euro Ertragsanteil und 170 Millionen Euro Invest auf dem Ring, weshalb man im Laufe der Jahre im Durchschnitt 6 Millionen Euro weniger ausgibt als bei einer normalen Finanzierung, ohne dass wir überhaupt wissen, was nach Pinebeck kommt. Wir können nur den Vertrag einsehen. Da sage ich, man könnte es auch so hinlegen, dass man blättern und lesen kann.

Wir kennen nur den Vertrag NG, also Nürburgring und Pinebeck, der sich mehrfach verändert hat, mit Sicherheit jetzt auch noch einmal. Das müsste man dann alles sehen. Wir kennen die Vertragsunterlagen bei Weitem nicht so, wie man sie kennen müsste, um sie zu beurteilen.

Jetzt kommt die zweite Frage, die für meine Begriffe genauso wichtig ist. Ist das eine Privatfinanzierung des Nürburgrings, oder wird das Risiko verstaatlicht und der Gewinn mehr oder weniger privatisiert? Wo liegt das Risiko bei dieser privaten Finanzierung, scheinbar privaten Finanzierung?

Der Staat, sprich der Nürburgring, verkauft nicht das Gelände – das darf er nicht wegen der Grunderwerbsteuer –, sondern das Erbbaurecht, das Nießbrauchrecht, an Pinebeck und mietet für einen festen Preis über zumindest elf Jahre bis zu 27 Jahre zurück. Der private Investor – der scheinbar private Investor – weiß genau, was er für seine 170 Millionen Euro für die nächsten maximal 27 Jahre, aber gesichert für elf Jahre zurückbekommt. Er weiß auch schon, was er nach elf Jahren an Kaufpreis bekommt, wenn er dann abgibt. Das weiß er alles. Er hat gesicherte Einnahmen. Ob die Einnahmen zu erwirtschaften sind, ist eine ganz andere Frage.

Herr Hartloff, da wollte ich auf Sie eingehen. Es ist gar kein Streit gewesen und ist heute noch kein Streit, ob am Nürburgring weiterentwickelt wird. Darüber gibt es keinen Streit. Ob die Formel 1 nächstes Jahr noch fährt, wissen wir nicht. Ich vermute aber, nach dem, was ich am Rande des Rennens an Interviews gesehen habe, dass sie – davon kann man ausgehen – noch fährt. Das wissen wir alle nicht. Nur, wir wollten alle, dass der Nürburgring – – – Der geht im Grunde genommen nur mit der Formel 1 und mit den ganzen finanziellen Belastungen. Das muss man sagen. Das haben wir hier immer deutlich gesagt. Insofern, gegen den Nürburgring und seine Entwicklung hat keiner etwas.

Eine andere Frage ist, wie auf dem Nürburgring zum Teil mit dem Geld umgegangen wird. Es würde mich einmal ganz nebenbei interessieren, wie viele Dienstwagen dort laufen. Es würde mich wirklich einmal interessieren, wie viele Dienstwagen allein die Nürburgring GmbH hat. Aber das sind Kleinigkeiten.

Der entscheidende Punkt ist, der Staat darf solche Geschäfte nicht machen, auch wenn sie im Endergebnis

wirtschaftlicher sind, Herr Finanzminister. Das ist der Vorwurf. Sie sind für keinen nachvollziehbar.

Der Ministerpräsident soll auf der Pressekonferenz im Weggehen gesagt haben, als er gefragt worden ist, ob er das nachvollziehen kann: Ja, ich kann das komplett nachvollziehen. – Ich bin gespannt, wenn Sie das gleich hier in der Nachvollziehbarkeit darstellen, damit wir das dann vielleicht auch erklärt bekommen.

(Baldauf, CDU: Da bin ich auch einmal gespannt!)

Die entscheidende Frage betrifft zwei Punkte. Darf der Staat solche Geschäfte ermöglichen? – Ich zitiere noch einmal den Bundespräsidenten, der gesagt hat, die Finanzkrise hat ihre Ursache darin, dass Leute mit viel zu wenig Geld unterstützt worden sind, um viel zu große Geldbewegungen hinzubekommen. Da liegt eine der Ursachen.

Ich bitte Sie, das ist der Punkt, den der Staat nicht machen darf.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Staatsminister Hering das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Licht, CDU: Jetzt muss er Dinge verteidigen, die er gar nicht will!)

– Das werden Sie gleich merken.

Worum geht es bei dem Projekt „Nürburgring 2009“ im Kern? – Im Kern geht es bei dem Projekt „Nürburgring 2009“ darum, die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze in der Eifel am Nürburgring zu schaffen. Darum geht es im Kern bei dem Zukunftsprojekt „Nürburgring 2009“.

(Beifall der SPD)

Es war jedem klar, spätestens im Jahre 2004, dass bei den ständig steigenden Verlusten aus der Formel 1 aufgrund der Monopolsituation, die wir haben, Grundsatzentscheidungen am Nürburgring getroffen werden müssen über die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze und der Möglichkeit, ob der Staat, das Land, mit der Nürburgring GmbH den Mut hat, Investitionen auf den Weg zu bringen und damit auch in der Eifel neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu musste die Grundsatzentscheidung getroffen werden, ob wir bereit sind, zukünftig Formel 1 am Nürburgring stattfinden lassen.

In Hockenheim hat man eine andere Entscheidung getroffen. Dort hat man sich gegen die Formel 1, gegen Wertschöpfung und gegen Arbeitsplätze entschieden.

Wir in Rheinland-Pfalz haben eine andere Entscheidung getroffen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

– Das gehört dazu, wenn wir über den „Nürburgring 2009“ sprechen.

Meine Damen und Herren, was bedeutet dieses Projekt ganz konkret? – Es bedeutet 500.000 Gäste zusätzlich am Nürburgring anhand der vorliegenden Gutachten. Es bedeutet 200.000 Übernachtungen mehr in der Region, der Eifel, durch das Projekt „Nürburgring 2009“.

(Eymael, FDP: Das ist das
Wolkenkuckucksheim!)

Es bedeutet, bis Ende August werden 400 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden und die Arbeitsverträge geschlossen sein. Dies bedeutet in der Tendenz 500 zusätzliche Arbeitsplätze. Das heißt, wir reden dann über 1.100 Arbeitsplätze bei der Nürburgring GmbH im Gewerbepark Nürburgring, bis zu 2.200 Arbeitsplätze in der Region und insgesamt bis zu 3.000 Arbeitsplätze mit der Wertschöpfung, die darüber hinaus entsteht. Das muss genannt werden, wenn wir diese Dinge einordnen.

Es geht um Steuereinnahmen in der Größenordnung von 25 Millionen Euro, wenn das Projekt zur Entfaltung gekommen ist. Auch das muss genannt werden, wenn wir eine politische Bewertung des Projekts vornehmen.

(Beifall der SPD)

Im Jahre 2005/2006, als die Grundsatzentscheidungen getroffen wurden, ist dieses Projekt unumstritten gewesen. Es war im Jahre 2006 auch einfacher, sich hinter eine solche Investition zu stellen. Wir hatten eine ganz andere wirtschaftliche Situation als momentan.

Es gibt eine Reihe von Großprojekten vergleichbarer Zielsetzung, insbesondere im Freizeitbereich, die aufgrund der Finanzmarktkrise Bauruinen geworden sind. Das haben wir verhindert. Wir haben Verantwortung gezeigt und gesagt: Wir werden dafür sorgen, auch wenn es Schwierigkeiten gibt, zeitnah vor Beaubeginn einen privaten Investor zu finden.

Wir stehen zur Region. Wir stehen zur Entscheidung. Wir sind auch bereit, dass der Staat sich temporär stärker engagiert. – Das bedeutet, das Rückgrat zu haben, wenn man sagt, wir stehen zur Region und zu den Arbeitsplätzen. Dann muss man auch den Mut haben, diese Grundsatzentscheidung mit diesen Konsequenzen zu tragen. Alles andere sind nur Lippenbekenntnisse.

(Beifall der SPD –
Licht, CDU: Intransparenz kann nicht die
Konsequenz sein!)

– Eines nach dem anderen, Herr Licht. Seien Sie doch nicht so nervös.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir kommen jetzt zur Finanzierung. Wir müssen einmal darstellen, worum es hier im Grundsatz geht.

(Licht, CDU: Dass Sie reden,
das macht mich nervös!)

– Rein optisch sind Sie deutlich nervöser, Herr Licht.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Die Finanzierung des Projekts „Nürburgring 2009“ ist zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen.

(Licht, CDU: Ja! –
Baldauf, CDU: Das ist ja klar! –
Billen, CDU: Darum geht es nicht!)

Sie ist zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen. Der Satz ist nicht bestreitbar.

(Beifall des Abg. Baldauf, CDU)

Die Vorgehensweise hier im Land unterscheidet uns eben – – –

(Bracht, CDU: Sie haben den Menschen versprochen,
anders zu finanzieren 2007!)

– Ich wäre schneller fertig, wenn Sie nicht ständig stören würden, Herr Bracht. Lassen Sie einen Menschen doch einmal ausreden. Sie scheinen Schwierigkeiten zu haben zuzuhören.

(Zurufe von der CDU)

Die Finanzierung ist zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen. Das unterscheidet uns von anderen Projekten, die Bauruinen geworden sind. Das ist auch verantwortliches Handeln. Das ist die eine klassische Finanzierung, und es ist gesucht worden, um eine bessere Finanzierung zu finden, die betriebswirtschaftlich zu deutlich besseren Ergebnissen führt.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Das ist jetzt auf den Weg gebracht worden durch den Kollegen Deubel, durch die Verantwortlichen am Nürburgring, was zu einer deutlichen Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Ergebnisse führt.

Herr Billen, dann stellen Sie die Frage: Darf das die öffentliche Hand? Dürfen das Firmen, bei denen der Staat Mehrheitsgesellschafter ist? –

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Wie reden über eine GmbH, bei der der Staat, das Land Mehrheitsgesellschafter ist. Darf das Land dann durch seine Gesellschaften solche Finanzierungen nutzen?

(Schreiner, CDU: Finanzhaie
würden SPD wählen! –
Harald Schweitzer, SPD: Der
Kindergarten lässt grüßen! –
Zuruf von der SPD: Der Oberintellektuelle!)

Wenn es Finanzierungen sind, die rechtlich zulässig sind, die geprüft werden, die seriös sind, dann ist es auch erlaubt und legitim, dass die öffentliche Hand davon profitiert und eben nicht nur Private.

Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand mit schlechteren Konditionen entsprechende Projekte umsetzen muss, sich gefallen lassen muss, deutlich schlechter zu wirtschaften als Private, weil Privaten erlaubt ist, diese Finanzierung zu nutzen.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Entweder sind es rechtlich zulässige, seriöse Finanzierungen – was der Fall ist –, dann können sie beide nutzen: der Staat oder Gesellschaften, an denen der Staat mehrheitlich beteiligt ist, und Private. – Dann kann es dort keine Differenzierungen geben, wenn die Voraussetzungen gegeben sind.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Mertin, FDP –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Meine Damen und Herren, zur Transparenz: Es gibt wohl nur wenige Projekte und Finanzierungen, die öffentlich und im Parlament so intensiv beraten wurden – – –

(Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, Zwischenrufe sind okay, aber bitte kein Chor.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Um dies zusammenzufassen: Wir stehen zur Region, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zu den Investitionen und auch zu einer Finanzierung, die im Ergebnis den Steuerzahler deutlich entlasten wird.

(Beifall der SPD –
Eymael, FDP: Das tun wir alle! –
Dr. Rosenbauer, CDU: Das ist unglaublich, was Sie eben gesagt haben! –
Heiterkeit bei der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, das Wort hat unser Kollege Herr Lang.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Herr Kollege Lang, können Sie beruhigend wirken?

(Frau Spurzem, SPD:
Er versucht es!)

Abg. Lang, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Über das Projekt selbst hat eben der Wirtschaftsminister gesprochen. Über die Finanzierung hat der Finanzminister gesprochen. Er hat ausgeführt, die Standardfinanzierung steht. Das ist die Pflicht. Jetzt wird gekämpft, dass auch die Kür gelingt.

Deshalb ist es mir ein Anliegen, noch einmal deutlich zu machen – ich hoffe, es gelingt einigermaßen plastisch –, was es mit dem Nürburgring und der Bedeutung dieser Einrichtung für den Norden von Rheinland-Pfalz auf sich hat. Dazu, um das zu erkennen, reicht ein Blick in die letzten vier Wochen.

Was war zum Beispiel von Christi Himmelfahrt bis zum darauffolgenden Sonntag los? – Da waren 200.000 Fans am Nürburgring. Sie haben an der Rennstrecke das 24-Stunden-Rennen verfolgt. Dieses Rennen ist die größte Motorsportparty Europas.

(Billen, CDU: Seit wie viel Jahren?)

Wenn diese 200.000 Menschen beobachtet hätten, wie Sie reagieren, ich glaube, sie wären kopfschüttelnd hinausgegangen.

(Beifall der SPD)

Dieses 24-Stunden-Rennen war die 37. Auflage. Schon die Anreise, nicht nur aus Deutschland, nicht nur aus den europäischen Nachbarländern, sondern auch aus Übersee, wird von den eingefleischten Fans zelebriert.

(Frau Spurzem, SPD: Ja!)

Mit anderen Worten – das ist mein zentrales Argument –, der Nürburgring ist eine Weltmarke.

(Zuruf der Abg. Billen, CDU)

Er zieht unglaublich viele Menschen in die Eifelandschaft, die dort ein Event der internationalen Extraklasse erleben und sich dort wohlfühlen.

Ein paar Tage später: Die Nürburgring GmbH gibt bekannt, dass Boris Becker Markenbotschafter für den Ring wird

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– hoffentlich hören viele Ihre Reaktion, die Vielen werden wieder einmal den Kopf schütteln – und die neuen Angebote der Öffentlichkeit vorstellen wird.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, der mit 17 Jahren seinerzeit jüngste Wimbledon-Sieger sagt Ja zum Ring und stellt sich als 41-Jähriger in den Dienst der Sache. Ich habe langsam den Eindruck, Sie nehmen genau die gegenteilige Position ein.

(Beifall der SPD –
Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Wieder ein paar Tage später – es ist Pfingsten –: 80.000 Fans erleben über drei Tage hinweg „Rock am Ring“. Es ist die 23. Veranstaltung seit 1985.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Was hat das mit der Sache zu tun?)

Damals waren 17 Bands auf der Bühne. Dieses Mal waren mehr als 80 Bands auf mehreren Bühnen dort.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, „Rock am Ring“ ist das wichtigste – – –

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist jetzt ein Höhepunkt an Unzulässigkeit eingetreten.

(Beifall der SPD)

– Keinen Beifall bitte.

Es geht uns alle an, und es geht um unsere Wirkung nach außen. Also bitte schön, lassen Sie den Redner reden.

(Zuruf aus dem Hause: Und der Bus fährt!)

Abg. Lang, SPD:

Meine Damen und Herren, „Rock am Ring“ ist das wichtigste Festival seiner Art in Deutschland und seit Monaten ausverkauft. Ein Großteil der Karten war schon verkauft, bevor die meisten Gruppen feststanden.

Nun der Blick nach vorn: Am 9. Juli ist Eröffnung des neuen Freizeit- und Business-Zentrums. Es ist gedacht als ein Zentrum mit Blick auf 28 Millionen Menschen in einem Radius von zwei Autostunden und darüber hinaus. Am 12. Juli kommt die Formel 1 mit allen großen Teams der Welt.

Genau so, wie Boris Becker Markenbotschafter für den Ring ist, so ist der Nürburgring – davon bin ich sehr überzeugt, ich hoffe mit vielen von Ihnen – touristischer Botschafter für Rheinland-Pfalz, für den Norden des Landes, meine Damen und Herren. Das sollten wir alle offensiv zu schätzen wissen. Wir werden es jedenfalls tun.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, nach den vielen Diskussionen, Beiträgen und insbeson-

dere nach der mangelnden Transparenz des gesamten Verfahrens ist die Notwendigkeit gekommen, dass man jemanden Unabhängigen, jemanden Dritten damit beauftragt, ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen:

(Licht, CDU: Mehr Licht!)

Erstens, was das Finanzmodell betrifft, die Finanzierungsfrage grundsätzlich, aber zum Zweiten, auch was die Wirtschaftlichkeit des Gesamtprojektes ausmacht. –

Für uns stellen sich viele Fragen, die wir gern durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz beantwortet haben möchten. Dies ist eine unabhängige Einrichtung, die ein solches Projekt bis in die Tiefe hinein überprüfen kann, soll und meines Erachtens auch muss. Deswegen hat meine Fraktion diesen Antrag, der eingereicht wird, auch mit unterstützt, und ich gehe davon aus, dass er auch entsprechend verabschiedet wird.

Es gibt noch viele Fragen, die ungeklärt sind, meine Damen und Herren. Offen ist die Frage der Gesamtinvestition, die von Herrn Finanzminister weder so noch so beantwortet wurde. 300 Millionen Euro und mehr. Es stellt sich die Frage der Risikoübernahme der sogenannten Projektentwickler oder Privatinvestoren. Meines Erachtens gibt es keine Risikoübernahme, sondern das Risiko ist letztlich durch die Bürgschaften des Landes voll und ganz beim Land Rheinland-Pfalz geparkt und angesiedelt.

Wie sieht es bei dem Nürburgring-Projekt überhaupt mit der Miet- und Pachtsituation aus? – Sie ist mehr als bedenklich. Können die Mieten und Pachten überhaupt erwirtschaftet werden?

Es sind nur kurzfristige Pacht- und Mietverträge vorhanden, um dies alles wieder zu refinanzieren. Wie sehen die Folgekosten aus? – Ich habe einmal Gespräche mit Leuten geführt, die von Freizeit- und Ferienparks etwas verstehen. Sie sagen, dass dies ein Millionengrab werden kann. Ich habe den Eindruck, dass im Grunde genommen die Wirtschaftlichkeit trotz aller Gutachten, die vorhanden sind, schön geredet worden ist und es unter Umständen ein Millionengrab werden kann.

(Hartloff, SPD: Unglück gibt es im Leben immer wieder!)

Herr Finanzminister Professor Dr. Deubel zockt mit Finanzhaien. Herr Ministerpräsident Beck geißelt dies: Man muss nicht alles tun, was rechtlich machbar ist. –

(Beifall bei FDP und CDU)

Er geißelt dies, und es gab eine große Werbekampagne; Gott sei Dank hat sie nicht gewirkt.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Herr Ministerpräsident Beck unterstützt aber auch den Finanzminister, das Land erleidet einen beträchtlichen Imageschaden, und der Steuerzahler wird gnadenlos zur Kasse gebeten.

(Beifall bei der FDP)

So ist es auf den Punkt zu bringen. – Universitäten und Fachhochschulen bleiben unterfinanziert. Auch dies muss man in aller Deutlichkeit sagen.

(Pörksen, SPD: Eine scheinheilige Rede ist das!)

Wenn für ein einziges Projekt 300 Millionen Euro mehr in die Hand genommen werden, ist dies in dieser Form gerechtfertigt, zumal es das größte Investitionsprojekt des Landes ist und auch ein Scherbenhaufen werden kann. – Dann kommt plötzlich der reiche Onkel aus Amerika, und alles ist in Butter. Meine Damen und Herren, ich bezweifle das alles. Woher hat der reiche Onkel sein Geld?

(Baldauf, CDU: Vor allem will er erben!)

Wie sieht das Projekt insgesamt von der Finanzierung her aus? Weshalb hat Pinebeck plötzlich nur von dem reichen Onkel Eigenkapital, und wo kommt es wiederum her?

(Hartloff, SPD: Sie wollen alles mies machen!)

Wie sieht es aus mit der Finanzierung, was die Gesellschaft Motorsportresort betrifft? – Ich weiß nur, dass die Investitions- und Strukturbank derzeit die Rechnungen bezahlt und voll finanziert. All dies sind Fragen, die geklärt werden müssen.

Meine Damen und Herren, daher bitte ich darum, dass der Rechnungshof dies bis ins Detail prüft. Wir wollen mehr Transparenz, und wir wollen endlich Aufklärung über die Gesamtfinanzierung.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat nun Herr Kollege Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister, es ist schon verwunderlich, was manche an diesem Pult sagen.

(Zurufe von der SPD: Das ist wahr!)

Sie sprechen davon, dass ein Finanzierungsmodell – egal, ob bei einem Privaten, bei einer Gesellschaft oder beim Staat – in jedem Fall durchzuziehen ist, unabhängig davon, was es kostet. – Sie selbst bringen Tarifreuegesetze ein, sie selbst fordern Regeln in diesem Staat, die Transparenz nach außen hin ausdrücken, aber wenn es darum geht, dass Sie selbst finanzieren, ist die Transparenz weg. Dies ist in keiner Art und Weise seriös, Herr Minister!

(Beifall der CDU –
Zurufe von der CDU: So ist es! –
Hartloff, SPD: Den ersten Teil hat
überhaupt niemand gesagt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Vorsitzende der SPD und Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier spricht vom Saubermann. Gestern bin ich noch am Schwielowsee vorbei gefahren.

(Hartloff, SPD: Haben Sie dort
Herrn Jullien gesucht?)

Der damalige SPD-Vorsitzende sagt: Ich bin Saubermann, ich möchte eine Finanzierung haben, wie sie ein ehrbarer Kaufmann machen würde. – Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss ich leider wieder feststellen, dass Sie mich wirklich sehr enttäuschen, Herr Ministerpräsident. Nicht einmal heute, nachdem Sie in der letzten Woche Ihrem Minister den Rücken gestärkt haben, trauen Sie sich, endlich einmal Farbe zu bekennen und zu sagen, wie alles zu funktionieren hat.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Ich habe
mich schon vor einer Stunde
zu Wort gemeldet!)

Herr Ministerpräsident, ich bin auch einmal gespannt, wie Sie uns dies nachher erklären wollen: Die Firma Pinebeck war ursprünglich einmal Beraterfirma. Sie hat 700 000 Euro bekommen, super. Dann wurde das Geld gestrichen, weil sie scheinbar doch nicht so gut beraten hat. Dazu können Sie aber gleich etwas sagen.

Und nun – welch Wunder, welch Verwandlung – wird aus dieser wunderbaren Beraterfirma der Großinvestor. – So etwas habe ich auch noch nicht erlebt. Es ist spannend, was hier passiert. Sie haben also Multitalente beauftragt, dieses Projekt zu finanzieren, aber irgendwie funktioniert es trotzdem nicht. Ich bin wirklich einmal gespannt darauf, welche Reputation Sie heute abliefern, wie dieses Projekt zu finanzieren ist.

(Hartloff, SPD: Haben Sie eine der Sitzungen
der Ausschüsse wirklich einmal
aufmerksam verfolgt?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wundere mich nicht: Der Herr Finanzminister hat es im Ausschuss gesagt. Der reiche Onkel oder die reiche Tante – wer auch immer dies sein mag – sei schon fast so berühmt wie Barack Obama. – Seit heute ist dieser reiche Onkel in diesem Raum wesentlich bekannter geworden, und Sie werden uns sicherlich nun gleich den Namen nennen, um wen es sich handelt. Dann ist alles geklärt, alles ist sauber, alles ist transparent. Wir müssen von Ihnen verlangen, die Transparenz voranzustellen.

(Zuruf der Abg. Frau Raab, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auch noch einmal folgenden Punkt aufgreifen: Wir arbeiten als Parlamentarier. Dann muss – verdammt noch mal – dieses Parlament auch ernst genommen werden, und dann hat dieses Parlament auch einen Auskunftsanspruch darauf, was passiert und in welcher Form finanziert wird. – Diesem Auskunftsanspruch sind Sie bis heute nicht nachgekommen, und ich vermute auch, weshalb. Sie wissen es nämlich selbst nicht, also belassen Sie es in dieser Form.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile nun Herrn Ministerpräsidenten Beck das Wort.

(Zurufe von der CDU: Hey! Ho! –
Frau Spurzem, SPD: Bei uns kommt das
Beste immer zum Schluss!)

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur zu Ihrer Beruhigung: Herr Präsident Mertes weiß, dass ich meine Rede schon zu Beginn dieser Aktuellen Stunde angekündigt habe. Es hätte also der Aufforderung nicht bedurft, aber ich nehme sie gern entgegen. –

(Heiterkeit des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Lieber Herr Kollege Baldauf, das ist aber leider das Einzige, was ich von dem entgegennehmen kann, was Sie der staunenden Öffentlichkeit soeben kundgetan haben. Ich lasse es einfach so stehen; es lohnt sich in der Tat nicht, dafür geht es um zu viel für dieses Land.

Die CDU hat in ihrem Antrag zu dieser Debatte meine Rolle eingefordert. – Gut, dass Sie etwas aufdecken möchten, ist für eine Opposition legitim. Es ist legitim, dass es Ihnen eigentlich darum geht, den Regierungschef zu treffen, und weniger darum, in der Sache etwas aufzuklären.

(Heiterkeit bei der CDU –
Licht, CDU: Nicht zu treffen, zu fordern!)

– Das ist doch so durchsichtig, dass es jeder weiß. Ich sage doch, es ist legitim.

(Beifall der SPD)

Aber trotzdem ist es doch so offenkundig, wie nur etwas offenkundig sein kann.

Gehen Sie davon aus, dass der Regierungschef dieses Landes genau das tut, was nach der Verfassung seines Amtes ist, nämlich die Richtlinien der Politik zu überprüfen und mit vorzugeben und zusammen mit dem Parlament auf deren Einhaltung zu achten. Ich sehe überhaupt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass dieses Parlament in seiner Mehrheit hinter dem Weg steht, die entsprechende Absicherung herbeizuführen und seine Ministerinnen und Minister zu bitten, im Rahmen der Eigenständigkeit ihrer Amtsführung, wie es die Verfassung vorgibt, über die großen Linien zu berichten. Dies geschieht regelmäßig in der Regierung und auch regelmäßig im Parlament selbst.

Aus dieser Beurteilung heraus nehme ich dazu Stellung und zu nichts anderem. Ich werde jetzt auch nicht anfangen, die Verfassung zu biegen, und ich werde auch

nicht anfangen, plötzlich Ressortchef zu spielen. Dies habe ich nie getan, und dies werde ich auch nicht tun. Ich möchte lediglich zur Sache etwas sagen.

Ich bin bisher eigentlich immer davon ausgegangen, dass wir im Wesentlichen, was die Bedeutung dieses Investments betrifft, einig sind. Dies ist auch heute wieder verbal so bekundet worden. Aber wenn man der Debatte aufmerksam folgt, hat man nicht den Eindruck, dass die Handlungen, die sich aus einem solchen Bekenntnis ergeben, diesem auch entsprechen. Dies gilt nicht für alle Kolleginnen und Kollegen, die heute zu diesem Thema gesprochen haben, aber für einige ist es offenkundig.

Ich erinnere daran, dass wir in den Jahren 2004 bis 2006 an einem Konzept für die Zukunftsfähigkeit des Nürburgrings gearbeitet haben.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Herr Kollege Eymael, ich zitiere Sie später noch. – Ich wäre vorsichtig.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Ich habe ein Zitat vor mir liegen. – Ich komme gleich darauf zurück, bleiben Sie ruhig! Ich weiß, dass es Ihnen ein Anliegen ist, die Vergangenheit ein wenig zu vergessen.

(Beifall der SPD –
Eymael, FDP: Ja, ja, ja!)

Meine Damen und Herren, wir standen vor der Frage, wie es mit dem Nürburgring weitergehen kann. Dass diese Fragestellung zum damaligen Zeitpunkt in hohem Maße gerechtfertigt war und auch vorausschauend gestellt worden ist, zeigen uns in der Tat die Entwicklungen der letzten Jahre, Monate und Tage. Ich bin froh darüber, dass es so scheint – zumindest ist mir vor wenigen Minuten eine Meldung hereingereicht worden –, dass sich die Formel 1 verständigt hat, in der bisherigen Formation weiterzufahren.

(Beifall des Abg. Wirz, CDU)

Ob dies aber für alle Zukunft gilt, lassen wir einfach offen. Das sah in den letzten Tagen durchaus kritisch aus. Herr Kollege Wirz, ich darf Sie in diesem Punkt in Anspruch nehmen, nicht in anderen, aber in diesem. Sie wissen, wir sind schon einmal gemeinsam von Wohnwagen zu Wohnwagen gezogen und haben zu einer früheren Zeit, also zu einer Zeit, als man aussteigen wollte, als man eine Markenformel machen wollte, versucht, dafür zu werben, dass man wieder zusammenkommt. Wenn das jetzt auch wieder der Fall ist, ist es gut für uns. Wir wollen auch versuchen, das zu stützen und aufrechtzuerhalten, was mit diesem Angebot verbunden ist, nicht an wirtschaftlichem Vorteil, aber doch an Imagevorteil, der, wie auch das Finanzierungsmodell zeigt, von einer sehr hohen Bedeutung und von einem sehr hohen Wert, auch einem materiellen Wert, ist.

Wie es sich für eine Regierung gehört, haben wir, als das Investment dann entwickelt worden ist, als die Gut-

achten da waren, als man versucht hat, eine Attraktion neben der anderen dort zu schaffen und Menschen dort hinzuziehen, gefragt, ob wir mit weniger Geld oder mit dem gleichen Geld das Gleiche oder mehr erreichen können.

Die Untersuchungen, die ich erbeten hatte, führten zu den Vorschlägen, die wir immer haben, wenn wir Strukturpolitik machen, also Straßenbau, Schiene, Investitionen im Bereich Dorferneuerung, Stadtentwicklung usw., also all das, was unser Instrumentarium ist. Etwas Neues gab es nicht. Es galt dann abzuwägen, was mit dieser Weltmarke Nürburgring ist, was man dann, wenn das langsam aber sicher weniger an Bedeutung hätte, was dort früher investiert worden ist, alternativ tun könnte. Diese Abwägung ist getroffen worden.

Herr Kollege Eymael, ich möchte nicht unschicklich sein, aber doch zitieren dürfen, weil ich denke, das gilt auch heute noch.

(Eymael, FDP: Wann war denn das?)

– Das möchte ich Ihnen gerne sagen. Das war in der „Rhein-Ahr Rundschau“, die am 14. Mai 2005 erschienen ist.

(Eymael, FDP: Da hat sich doch einiges verändert anschließend! Da hat sich doch die Grundlage verändert! – Weitere Zurufe im Hause)

– Entschuldigung. Ich würde Ihnen doch wenigstens abverlangen dürfen, dass Sie mir zugehört haben. Ich rede von der Grundübereinkunft. Diese Grundübereinkunft ist damals in gemeinsamer Regierungszeit erbracht worden. Ich bin nicht bei der Finanzierung. Dazu komme ich noch.

(Eymael, FDP: Okay, einverstanden!)

Sie haben damals gesagt – wörtliche Rede –: Das Projekt ist die einzige Alternative. – Das habe ich eben auch dargestellt.

(Eymael, FDP: Aus damaliger Sicht, ja!)

Sie haben weiter wörtlich gesagt: Stillstand bedeutet Rückschritt. – Da bin ich auch einverstanden.

(Billen, CDU: Mit beidem hat er recht!)

– Finde ich auch. Ich möchte nur noch einmal den Konsens herausarbeiten, ob er noch steht oder ob er nicht mehr steht.

(Bracht, CDU: Darum geht es doch gar nicht!)

Sie haben dann gesagt – wieder wörtliche Rede –: Wir gemeinsam – damals die gemeinsame Landesregierung – sollen alles daran setzen, die Formel 1 auch jenseits der vertraglichen Laufzeiten weiter zu erhalten. –

(Eymael, FDP: Dazu stehe ich!)

Dafür haben wir Ansätze gewählt. Dafür versuchen wir, und zwar weit über die Formel-1-Strecke hinaus, Attraktivität dort zu schaffen.

Diese Entscheidung für den Nürburgring folgt einer Grundvorgabe, die die Landesregierung hat. Diese Landesregierung hat sich immer vorgenommen, den Versuch zu unternehmen, durch öffentliche Investitionen und, wo es geht, gestützt durch private Investitionen Menschenströme und Finanzströme in Regionen hineinzulenken. Das ist uns am Hahn gemeinsam gelungen. Das ist uns gemeinsam in Zweibrücken gelungen. Es beginnt in Pirmasens zu gelingen. Es ist in Kaiserslautern gelungen, auch wenn uns die Bestände an Altindustrie noch große Sorgen machen.

Es wird in Koblenz mit der Bundesgartenschau gelingen. Ich könnte dem eine Reihe von Beispielen hinzufügen. Das ist die Politik der von mir geführten Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt genauso für die Eifel, wie sie für die anderen Regionen gilt.

(Beifall bei der SPD)

Insoweit werden wir gegenüber jedem dieses Investment verteidigen, weil wir es nach sorgfältiger Untersuchung angestrebt haben und jetzt auch umsetzen.

Ich möchte einen zweiten Schritt nennen. Lieber Herr Kollege Eymael, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, wer dazu Ja sagt, der wird sich nicht darum drücken können, auch eine Finanzierung mitzutragen.

(Schreiner, CDU: Die Finanzierung steht, sagt Herr Deubel!)

– Nach Ihren Zwischenrufen bin ich nicht mehr geneigt, darauf einzugehen, lieber Herr Schreiner.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht gehen, an jeder Stelle – das erleben wir an vielen Stellen – im Prinzip zu sagen, Leute, wir sind voll dabei, in der Westpfalz, in der Eifel, im Hunsrück, wo auch immer, wir unterstützen euch in vollem Umfang, aber jede Chance, die dahinterstehende Finanzierung oder einen Erfolg des Projektes zu erreichen, zumindest infrage zu stellen und in einigen Fällen bewusst zu diskreditieren.

(Beifall der SPD – Widerspruch und Zurufe von der CDU)

Ich bleibe ausdrücklich dabei. Was bedeutet Finanzierung bezogen auf das Projekt Nürburgring, das doch viel mehr ist als das Projekt Nürburgring mit dem Feriendorf und vielem drumherum?

Weil wir überzeugt sind, dass dieses Investment richtig ist – ich hoffe, die Überzeugung steht auch nach wie vor noch –, haben wir von Anfang an gesagt, wir werden die Finanzierung in jedem Fall sicherstellen. Das heißt, dass

wir in jedem Fall das Modell in der Hinterhand haben, dass über unsere bewusst dafür geschaffenen Instrumentarien, von der RIM über die ISB, finanziert wird. Diese Instrumentarien haben wir doch geschaffen, so dass sich niemand Sorgen machen muss, dass das nicht durchfinanziert ist.

Es begründen, es entscheiden und es durchfinanzieren, war und ist in jedem Fall gerechtfertigt und in jedem Fall gesichert.

Sie haben uns alle aufgefordert – das entspricht auch unserer Überzeugung –, überall dort, wo man eine Möglichkeit hat, private Partner zu haben, zu versuchen, daraus auch ein PPP-Modell zu machen. Das entspricht unserer Überzeugung. Darum haben wir uns bemüht und sind dabei uns zu bemühen.

(Eymael, FDP: Es ist kein PPP-Modell!)

– Natürlich ist das ein PPP-Modell, was denn sonst?

(Eymael, FDP: Nein, es ist kein klassisches PPP-Modell!)

– Was ist denn ein klassisches PPP-Modell? Jedes PPP-Modell, das ich kenne, sieht anders aus und wird anders zusammengestellt. Und insoweit ist das ein PPP-Modell, gar keine Frage.

(Beifall bei der SPD –
Bracht, CDU: Wo sind denn hier die Risiken?)

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund haben sich die Unternehmen, allen voran unser Unternehmen – ich beziehe einmal den Landkreis Ahrweiler ein, der die gleiche inhaltliche Auffassung und Beurteilung wie wir vertritt –, aufgemacht, einen solchen Weg zu suchen. Jetzt sollten wir doch so ernsthaft miteinander sein, dass wir alle wissen, dass sich im November/Dezember letzten Jahres die Finanzierungswelt verändert hat. Das kann doch niemand ernsthaft bestreiten. Insoweit ist es zu Schwierigkeiten mit diesem Modell gekommen. Das ist nicht in Abrede zu stellen. Das haben wir auch nie getan.

Ich bitte Sie aber auch, wirklich einen Moment einmal gemeinsam nachzudenken, dies bei aller Polemik, Kritik der Opposition, die dazugehört, und öffentlichem Interesse, alles einverstanden. Ich lasse das einmal als legitime interessensbezogene Handlungen so unkritisiert stehen.

Wir müssen uns aber eines überlegen: Finden wir irgendwann noch Partner für eine Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Investitionen und privaten Geldgebern? – Glauben Sie doch nicht, dass es möglich sein wird – – –

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Ach, Herr Baldauf. Es ist nicht schlimm, wenn Sie solche Zwischenrufe machen. Aber es tut fast wirklich körperlich weh. Das muss man ehrlich sagen.

(Bracht, CDU: Unsere Aufgabe ist es zu kontrollieren!)

Lassen Sie uns doch einen Moment darüber nachdenken. Es kann doch nicht in unserem Interesse sein, dass wir das Handeln der öffentlichen Hände gemeinsam mit Privaten deshalb unmöglich machen, weil wir sie zwingen, bis in die intimsten Bereiche ihrer Finanzierung hinein alles öffentlich zu machen.

(Bracht, CDU: Unsere Aufgabe ist es zu kontrollieren!)

– Das bestreite ich doch überhaupt nicht.

(Bracht, CDU: Das können wir nicht! So können wir das nicht!)

Wenn Sie zuhören würden, könnten Sie nicht auf die Idee kommen, dass ich das bestritten habe, dass das Parlament voll informiert wird. Ich rede nur davon, dass es Bereiche geben muss, die der Vertraulichkeit unterliegen. Ich rede auch davon, dass in diesem Zusammenhang Vertraulichkeiten offensichtlich aus nicht öffentlichen Sitzungen gebrochen worden sind.

(Beifall der SPD)

Das ist doch nicht zu bestreiten. Das ist die Wahrheit. Das wissen Sie so gut wie ich.

Ich frage, ob wir so weitermachen wollen und uns für die Zukunft dieses Instrument von PPP unmöglich machen werden. Es wird so kommen. Ich fände es sehr schade, meine Damen und Herren. Wir sollten es alle gemeinsam nicht wollen, selbst des kurzfristigen parteipolitischen Erfolgs wegen nicht.

Ich möchte noch etwas dazu sagen. Vorhin habe ich gesagt, der Ministerpräsident hat sich genau an das gehalten, was ihm die Verfassung aufgibt. Das heißt, dass er nicht die Geschäfte macht und er schon gar nicht an die Stelle des Aufsichtsratsvorsitzenden tritt, so wie der auch nicht an die Stelle eines aktiven Vorstandes tritt.

(Baldauf, CDU: Aber er hält es für seriös!)

– Ja, er hält es für seriös, weil nach all dem, was mir berichtet worden und mir nach sorgfältiger Begutachtung zur Kenntnis gekommen ist, es für mich keinen Anlass gibt, an der Seriosität dieser Finanzierung zu zweifeln. Sie haben die Verträge gesehen. Sie mögen schwer lesbar gewesen sein. Wenn das so war, dann tut es mir leid. So kindische Spiele machen wir sicher nicht.

Die Aufgabe des Ministerpräsidenten ist es, sich darüber einen Überblick zu verschaffen. Diesen Überblick habe ich. So habe ich geurteilt. So habe ich mich öffentlich geäußert und nie anders. Das, was von Herrn Billen zitiert worden ist, war nicht ganz korrekt, aber korrekter als das, was Herr Baldauf zitiert hat. Der war völlig daneben.

Genau das habe ich so gesagt, und zwar auch öffentlich. Dazu stehe ich nach all dem, was ich bis zum jetzigen Zeitpunkt weiß.

Lassen wir einmal die Verantwortlichkeiten überall dort, wo sie sind, wo sie hingehören und wie es unsere Verfassung und die Gesetze gebieten. Nichts anderes.

Ein Durcheinander zu erzeugen in einer komplexen Angelegenheit kann viel Unsicherheit streuen und die Menschen völlig durcheinander machen. Daraus saugen wir politisch Honig. Das geht eine gewisse Zeit als politische Strategie. Glauben Sie es mir, und nehmen Sie die Prognose so, wie sie es bei der Kommunalwahl zum Thema der Kommunal- und Verwaltungsreform erfahren haben. So werden Sie an dieser Stelle mit dieser Strategie scheitern. Sie werden nicht erfolgreich sein, weil die Menschen am Ende die Ergebnisse und nicht die Querschnitte bewerten. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen zu, dass wir wie bisher im Rahmen der Verantwortlichkeit und der Rücksichtnahme auf private Partner, die das Recht haben, dass ihre Geschäftsgeheimnisse nicht öffentlich ausgetragen werden, alles tun, um Transparenz im weiteren Verfahren zu haben. Ich hoffe, dass nach einiger Zeit der Aufregung, die ich Ihnen noch gönne,

(Dr. Rosenbauer, CDU: Danke!)

wir wieder eine Situation haben, in der wir gemeinsam für dieses Projekt eintreten, das sicher in einer der schwierigsten Situationen in der Nachkriegszeit entstehen muss. Das bringt aber auch als Investition einen riesigen Vorteil in dieser Situation. Wir geben derzeit Hunderte Millionen Euro aus, um Impulse in die Wirtschaft zu setzen. Es wäre ein kapitaler Fehler gewesen, wenn wir in der Eifel darauf verzichtet hätten, ein notwendiges, vertretbares, wenn auch schwieriges Investment umzusetzen. Es dient nicht nur den Menschen in der Eifel, sondern in ganz Rheinland-Pfalz, wenn wir diesen Weg weitergehen. Wir werden ihn gehen.

Die Finanzierung ist in jedem Fall gesichert. Da kann kommen, was will. Das war immer klar. Wenn wir eine bessere hinbekommen, ist das prima. All das, was wir wissen, weist darauf hin, dass uns das gelingt und es so sein wird. Etwas anderes weiß ich nicht. Ich denke, wir sind insoweit auf einem verantwortbaren und einem vernünftigen Weg. Ja, man darf sagen, wir tun am Nürnberging unsere Pflicht.

(Anhaltend Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, den Fraktionen steht noch Redezeit zur Verfügung. Herr Kollege Mertin hat das Wort. Ihnen stehen noch drei Minuten Redezeit zur Verfügung.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, es ist zutreffend, dass in der gemeinsamen Regierungszeit ein Konzept ausgearbeitet wurde.

Aber aus Sicht der FDP-Fraktion lege ich Wert darauf, dass damals verabredet war, dass bei der Durchführung des Konzeptes ein Privater beteiligt wird, der sich am betriebswirtschaftlichen Risiko beteiligt.

(Beifall der FDP)

Das ist etwas ganz anderes als das, was jetzt die Landesregierung macht. Selbstverständlich dürfen Sie mit der Mehrheit, die Sie haben, eine solche Entscheidung treffen. Dass wir das politisch anders bewerten, ist ohne Zweifel. Was und wie es in Zukunft kommen wird und wie sich die Business-Pläne entwickeln, haben wir alle abzuwarten.

(Ministerpräsident Beck: Jedes Investment hat ein Risiko!)

Das kann man nur vorweg beurteilen. Das kann ich nicht vorhersagen.

Ich wollte nur nicht den Eindruck entstehen lassen, als ob wir das Modell, wie es jetzt durchgeführt wird, damals zur gemeinsamen Zeit auf den Weg gebracht haben.

(Beifall der FDP)

Dieser Eindruck hätte – das haben Sie vielleicht nicht intendiert – durch Ihre Wortäußerung entstehen können.

Ich nenne ein Zweites. Selbstverständlich ist es nicht gut, wenn aus vertraulichen Sitzungen zitiert wird. Man muss dann nachdenken, wie man das Parlament vielleicht durch andere Konstruktionen in die Lage versetzt, tatsächlich Kenntnis nehmen zu können. Herr Kollege Hartloff, ich komme auf meine Wortmeldung von vorhin zurück. Ich werde der Letzte sein, der fordert, dass Sie in dem Bereich das tun, was in Brüssel für Landwirte beschlossen wurde. Ich halte das, was in Brüssel gemacht wurde, gegenüber den Landwirten und den dort Beschäftigten für eine ziemliche Zumutung.

(Beifall bei der FDP)

Das ist dort entschieden worden. Das ist nicht unsere Sache.

Es muss im Rahmen einer solchen Aussprache möglich sein, sich politisch auseinanderzusetzen. Da können Sie nicht bestreiten, dass in Sachen Transparenz bei Finanzinvestoren von Ihrer Partei ganz andere Maßstäbe öffentlich verlangt werden, als es später tatsächlich durchgeführt wird.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Herr Kollege Hering, Sie haben ausgeführt, was andere legal machen dürfen, müsse der Staat auch legal machen können.

(Zuruf von Staatsminister Hering)

– Ja, ist in Ordnung.

Aber wenn Sie selbst politisch solche Maßstäbe vorgeben, wie Sie sie derzeit anderswo anlegen, und zwar

auch an Private, dann ist es nach dem jetzigen Informationsstand berechtigt, politisch zu hinterfragen, ob dieses Geschäft mit Ihren politischen Ansprüchen vereinbar ist. Das ist legitim.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU –
Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ich habe die Forderung nach Transparenz gestellt, weil ich das nicht beurteilen kann. Ich habe es vorhin gesagt und wiederhole es jetzt. Wir haben die Aufsichtsräte vieler Banken kritisiert, weil sie einfach irgendetwas geglaubt haben und nicht das dahinter Liegende hinterfragt haben. Wenn an dieser Stelle in diesem Bereich Geschäfte gemacht werden, dann wollen wir es hinterfragen. Ich bin gern bereit, mit der Regierung zu verhandeln, auf welchem Weg wir das erreichen können. Ich bin da völlig losgelöst. Ich will es nur wissen.

Bezüglich meiner Fraktion lasse ich mir an dieser Stelle nicht anhängen, dass die Vertraulichkeit gebrochen worden sei.

(Beifall der FDP –
Ministerpräsident Beck: Das hat ja
niemand gesagt!)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Baldauf das Wort. Ihnen stehen ebenfalls noch drei Minuten Redezeit zur Verfügung.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, als Sie ausgeführt haben, wie seriös das alles sei und Sie den Überblick hätten – Sie haben uns immer noch nicht erklärt, was Sie darunter verstehen –, kam mir ein Schreiben in den Sinn, das es einmal gab und noch gibt. Das ist ein von Finanzminister Deubel und Herrn Kafitz unterzeichnetes Schreiben an die dortigen Kommunalen. Aus dem Schreiben ergab sich, dass sie keine Besorgnis haben müssten, da dieses Projekt sicher privat finanziert sei. Dieses Schreiben ist ein paar Jahre alt.

Jetzt stellen sich hierhin und erzählen uns, es sei alles in trockenen Tüchern, es sei alles durchfinanziert. Sie fragen dann, was ein klassisches Modell sei. Ich kann auch Herrn Hering fragen, was ein klassisches Finanzierungsmodell ist. Sie behaupten, es sei alles nachvollziehbar und mit keinem Risiko versehen.

Das ist natürlich mit keinem Risiko versehen, weil das Risiko komplett bei uns allen – beim Steuerzahler – liegt. Genau das wissen Sie auch. Wenn Sie hier für Transparenz sorgen wollen, wenn Sie dafür sorgen wollen, dass wir endlich wissen, wie es gelaufen ist, dann sagen Sie es doch endlich. Es gibt genug Gespräche.

Der Finanzminister hat die Fraktionsvorsitzenden an verschiedenen Stellen auch einmal informiert. Es gab genug Gespräche, aus denen sich immer wieder ergab,

was bitte intern bleiben soll. Das ist auch so gewesen. Aber hier sind wir an diesen entscheidenden Stellen nicht in frühzeitiger Form informiert worden. Übrigens, wenn die 3 Millionen Euro im letzten Herbst nicht herausgekommen wären, hätten wir nie etwas von allem erfahren. Dann würden wir heute hier stehen und würden uns überlegen, was insgesamt läuft. Herr Ministerpräsident, Sie haben dazu, was Transparenz und Seriosität bedeutet, heute nichts gesagt. Das bedauere ich sehr.

(Beifall der CDU)

Ich fordere Sie nochmals auf, stellen Sie dieses ganze Konstrukt klar und deutlich dar. Ich will von Ihnen wissen, was ein Liquiditätspool mit der RIM und der ISB zu tun hat. Sind Sie der Meinung, dass über den Liquiditätspool 95 Millionen Euro verschoben werden dürfen, ohne dass wir wissen, was kommt? Was passiert denn mit den Zinsen? Was ist insgesamt mit dem Geld? Wann holen Sie es zurück? Brauchen Sie es nicht? Wenn ich dann höre, die Situation in der Nachkriegszeit war noch nie so schlimm wie jetzt, stimmt,

(Ministerpräsident Beck:
Hundert Mal gesagt!)

aber warum haben andere Bundesländer andere Finanzierungsmodelle? Warum haben andere Bundesländer ihre Schulden zurückgeführt,

(Ministerpräsident Beck: Die haben
andere Sorgen als wir!)

und Sie stehen jetzt mit diesem Verschuldensplan, den Sie in den letzten 15 Jahren aufgelegt haben, an der Wand, können nichts mehr bezahlen? Das ist Ihr Problem. Dann sagen Sie es hier. Lassen Sie uns darüber nachdenken, wie so etwas finanziert werden kann, aber führen Sie uns nicht an der Nase herum und verkaufen Sie uns nicht für dumm. Wir möchten von Ihnen wissen, wie es finanziert ist. Wenn Sie das so genau wissen, sagen Sie es hier und heute. Ich bin aus Ihren Aussagen leider nicht schlauer geworden. Sie haben jetzt noch die Chance, es vorzulegen. Ansonsten müssen wir überlegen, wie wir es machen.

Danke.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Baldauf, andere Bundesländer – wenn ich die Nachrichtenlage aus der letzten Woche sehe –: Baden-Württemberg spannt einen Rettungsschirm von 12,7 Milliarden Euro für Ausfälle bei der LBBW. – 12, 7 Milliarden Euro!

(Zurufe von der CDU)

Jetzt gehen Sie hinten hinaus, Herr Baldauf, weil Sie die Zahlen wahrscheinlich nicht hören wollen oder nicht gekannt haben, wie das in anderen Ländern zugeht.

(Zurufe von der CDU)

Wir werden nachher zu Schuldenbremse und zur Situation in Rheinland-Pfalz sprechen.

Doch zurück zu der Finanzierung hier. Die Fragen, die Herr Kollege Baldauf vorhin angesprochen hat, sind einzeln alle im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr sowie im Haushalts- und Finanzausschuss runter- und raufdekliniert worden. Auf Ihre Fragen hin hat der Finanzminister Rede und Antwort gestanden, hat berichtet, hat über Zwischenstände von Finanzierungen berichtet und hat natürlich auch dargelegt, wie denn das aussieht, wie eine Finanzierung abgesichert ist, wenn sie – wie eben formuliert – konventionell stattfindet, nämlich mit staatlicher Absicherung.

(Bracht, CDU: Volle Transparenz schaffen!)

Herr Kollege Baldauf, eines geht sicher nicht. Es geht nicht, dass man auf der einen Seite das, was sich an Finanzkrise und Wirtschaftskrise im Moment abspielt, hoch hält und nach vorne schiebt und auf der anderen Seite die Auswirkungen nicht wahrhaben will und sie verdrängt.

(Licht, CDU: Das sind Sie doch!)

– Das sind wir nicht, sondern im Laufe des Projektes wurde darauf reagiert. Es ist sichergestellt, dass fertig gebaut ist und am 9. Juli hier die Eröffnung stattfindet. Das ist natürlich Entscheidung auch der Landesregierung als Miteigentümer der Nürburgring GmbH, das entsprechend zu verwirklichen, im Übrigen in großem Einklang mit dem Minderheitsgesellschafter, dem Kreis Ahrweiler. Auf die Verwerfungen in Ihrer Fraktion will ich gar nicht hinweisen.

Insofern hat sich das sicher seit dem Schreiben von Herrn Kafitz an die regionalen Vertreter geändert.

Herr Kollege Mertin, natürlich finden sich immer Wege, wie man vertraulich informiert. Unser aller Interesse muss sicher auch sein, dass das eigentlich auch in den vertraulichen Sitzungen des Landtags geschehen kann. Wir haben uns darüber im Ältestenrat unterhalten. Das sollte eine Möglichkeit sein, die die Regel ist.

Ich sage ganz ausdrücklich, bei den Fraktionsvorsitzenden ging das immer. Aber das sollte auch gute Übung für andere Treffen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern sein.

(Ministerpräsident Beck: So ist es!)

An der notwendigen Offenheit hat es vonseiten der Landesregierung nicht gemangelt.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Das gilt auch für die Finanzierung des Nürburgrings.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU – Ministerpräsident Beck: Ich habe gesagt, Sie schauen ganz interessiert!)

Das gilt auch für zukünftige Entwicklungen und das, was damit an Informationsbedürfnissen des Parlamentes gegeben ist.

(Glocke des Präsidenten)

Dafür stehe ich als SPD-Fraktionsvorsitzender.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, ich darf Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar die Selbsthilfegruppe „Schlafapnoe“ Kirchen e. V. und Schülerinnen und Schüler der Klasse 9 des Johannes-Gymnasiums Lahnstein. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Wahl eines stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz

Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags

– Drucksache 15/3492 –

Ich schlage Ihnen für den Ältestenrat vor, Herrn Karl-Heinz Hoffmeister zu wählen. Die Wahl muss mit Zweidrittelmehrheit erfolgen. Wer diesem Vorschlag zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine. Somit ist Herr Hoffmeister einstimmig vom Landtag gewählt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Wahl eines schriftführenden Abgeordneten Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/3489 –

Herr Kessel wird für Frau Wopperer vorgeschlagen. Wer für Herrn Kessel ist, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Herr Kessel, somit sind Sie einstimmig gewählt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Wahl eines weiteren Ersatzmitglieds des Richterausschusses, das Abgeordnete des Landtags ist

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/3495 –

Vorgeschlagen ist Frau Kollegin Schleicher-Rothmund. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Sie sind einstimmig gewählt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Föderalismusreform II – Schuldenbremse
für Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP
– Entschließung –
– Drucksache 15/3468 –**

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Hartloff. Wir haben eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen jetzt über die Einführung der sogenannten Schuldenbremse, also eine Änderung des Grundgesetzes und der Folgen für das Land Rheinland-Pfalz. Wir haben dazu eine gemeinsame Entschließung der drei im Landtag vertretenen Fraktionen vorliegen.

Ich will vorausschicken, dass ich es gut finde, dass wir eine gemeinsame Entschließung dazu verabschiedet werden, nämlich mit der Intention, dass wir unsere Verfassung ändern wollen, damit die Regelungen parallel zu den Regelungen des Bundestages auch in die rheinland-pfälzische Verfassung aufgenommen werden können. Das trägt den Bedenken Rechnung, die wir als Parlament hier haben, nämlich dass unser Budgetrecht, eines der Königsrechte eines Parlamentes, beschnitten sein könnte durch die Beschlüsse, die der Bundestag und der Bundesrat gefasst haben.

Ich bedanke mich auch bei der Landesregierung, dass das Verfahren, wie es im Bundesrat entschieden werden konnte, in Abstimmung mit dieser Entschließung vorgenommen werden konnte.

Werte Kolleginnen und Kollegen, diese Schuldenbremse, die zu mehr Haushaltsdisziplin führen soll, die einen Stabilitätsrat neu mit sich bringt,

(Unruhe im Hause)

scheint im Hause nicht allzu viele zu interessieren, wenn ich mir den Lärmpegel anhöre. Aber gleichwohl, sie wird ganz einschneidende Veränderungen im Tagesgeschäft mit sich bringen.

Jetzt ist es so, wir verabschieden eine solche Schuldenbremse auf der Bundesebene angesichts eines Bundeshaushaltes, der heute im Kabinett ist, welcher eine Neuverschuldung mit einem absoluten Rekord aufgrund der Wirtschaftskrise mit sich bringen wird, eine Neuverschuldung mit einem Plus von 40 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahreshaushalt von 86,1 Milliarden Euro. Man wird es nur langsam abbauen können.

Die Zielvorstellung dabei ist, dass beim Bund eine Neuverschuldung bis zu einem gewissen Umfang erfolgen kann, nämlich bis zu 0,35 % der Wirtschaftsleistung – das ist auch für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ein großer Betrag –, und bei den Ländern bis 2020 ein absolutes Verbot einer Neuverschuldung besteht.

Sie wissen, es sind Ausgleichszahlungen vorgesehen. Aber das sage ich gleich dazu: Was die Ausgleichszahlungen betrifft, so ist das Land Rheinland-Pfalz ein Land, das nicht empfangen, sondern zahlen wird: 20 Millionen Euro jährlich. – Es sagt auch etwas über die Leistungskraft unseres Landes und den Stand der Verschuldung in unserem Land aus, dass wir eben nicht zu den Empfängern, sondern zu den Zahlenden gehören.

Ich weiß sehr wohl um die Kritik an der Schuldenbremse, die aus Gewerkschaftskreisen und aus Kreisen der Wissenschaft kommt. Aber ich glaube, im Sinne einer Selbstdisziplinierung von uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie der Regierungen auf der Landes- und auf der Bundesebene ist eine Schuldenbremse notwendig. Ich finde es gut, dass wir zwischen Parlament und Regierung eine Arbeitsgruppe eingerichtet haben, die sich an die Umsetzung macht.

Ich wünsche mir, dass wir einfachere Formulierungen finden, als sie auf der Bundesebene gebraucht werden, und die nötigen Freiräume dabei genutzt werden können. Ich möchte dazu etwas von Heribert Prantl aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 5. Mai zitieren. Er hat zu den Formulierungen gesagt: Sie lesen sich so kompliziert wie die Übersetzung der Gebrauchsanweisung für einen Computer aus dem Chinesischen. – So ähnlich ist das. Dabei sind bei 60 Jahren Grundgesetz grundsätzliche Regelungen eigentlich einfacher zu handhaben. Wir sollten es uns zur Aufgabe machen, dass uns dies bei der Landesverfassung gelingt.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt
den Vorsitz)

Aber – das will ich noch dazu sagen – wir sollten auch den Bedenken Rechnung tragen, die es in Bezug auf die Schuldenregelung gibt. Es soll keiner den Eindruck erwecken, das sei leicht zu erreichen. Wir müssen bei allem, was auf dem Bildungssektor, bei der Mobilität und angesichts der Veränderungen der Gesellschaft an nachhaltigen Aufgaben vorhanden ist, Ausgabendisziplin üben, und wir können bei der Neuverschuldung, die es beim Bund, bei den Kommunen und bei den Ländern gibt, den Menschen sicherlich auch nicht versprechen, dass wir die Entschuldung des Bundes, der Länder und der Kommunen mit schnellen Steuersenkungen erreichen.

Da haben wir eine Herkulesaufgabe zu leisten. Packen wir es an. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den Kollegen bei der Umsetzung der Schuldenbremse.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Baldauf von der CDU-Fraktion.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Anknüpfend an das, was Herr Kollege Hartloff aus-

geführt hat, möchte ich zunächst sagen: Auch ich begrüße es ausdrücklich, dass wir bei dieser nicht ganz einfachen Geschichte einen gemeinsamen Antrag formuliert haben, der uns durchaus die Wege dafür offenlässt, dass wir selbst darüber entscheiden, wie sich so etwas entwickelt.

Wir können nicht leugnen, dass wir uns aufgrund der beinahe überbordenden Ausgabenpolitik der letzten 30 Jahre in einer Situation befinden, in der es darum geht, dass wir dringend einen Teufelskreis durchbrechen müssen. Wir dürfen nämlich nicht mehr nur checken, welche Einnahmen wir haben und wie groß die Differenz zu den Ausgaben ist, die wir uns leisten, und damit die Verschuldung immer weitertreiben. Ich glaube, wir haben die große Pflicht, die Verschuldung zurückzufahren. Herr Kollege Hartloff, im Übrigen gibt es in Deutschland kein Recht auf Verschuldung. Das wollen wir jetzt fixieren. Um ehrlich zu sein: Es ist schlimm genug, dass wir das fixieren müssen; denn hätten wir alle unsere bisherige Verfassung und die entsprechenden Artikel und Paragraphen so angewandt, wie es hätte sein sollen, indem wir nämlich nicht mehr ausgegeben hätten, als wir eingenommen haben, wäre es nie so weit gekommen. –

Ich glaube auch, das Wichtige an dem gemeinsamen Antrag, den wir hier einbringen, ist, dass wir auf das Selbstverständnis des Landtags Wert legen: Wir entscheiden, wie wir diese Schuldenbremse haben möchten, in welcher Höhe, in welcher Form und natürlich mit dem Ziel, irgendwann keine Schulden mehr zu machen. – Das bedeutet viel Nachhaltigkeit, aber auch Generationengerechtigkeit, und es bedeutet die Möglichkeit – die ich seit 1994, seitdem ich im Stadtrat von Frankenthal sitze, niemals hatte –, nicht nur verwalten zu müssen, sondern vielleicht auch wieder einmal etwas in der Politik gestalten zu können.

All dies wird natürlich dazu führen, dass unsere Handlungsspielräume und vor allem auch unsere Begehrlichkeiten und unsere Wünsche stark zurückgefahren werden müssen. Das ist ganz klar; da müssen wir uns alle selbst disziplinieren. Umgekehrt führt es aber dazu, dass wir am Ende wieder investiv tätig sein können, statt nur Zinsen zahlen zu müssen.

Meine Damen und Herren, dieses Thema hat uns übrigens auch in den letzten drei Tagen in Potsdam bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU beschäftigt. Wir haben dort einen Konsens vereinbart, und wir können durchaus darüber diskutieren, ob das auch etwas für uns sein kann. Wir haben gesagt, wir wollen diese Schuldenbremse zwar auf jeden Fall eingebaut haben, möchten aber auch eine Öffnungsklausel verankern, wonach jedes Land entscheiden können, darf und muss, um wie viel es die Einnahmen erhöht oder auch nicht. Das muss jedes Land für sich entscheiden können; bei den Ausgaben darf es das aber nicht.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Das heißt nicht, dass man einer Steuererhöhung in irgendeiner Form und an irgendeiner Stelle das Wort reden sollte. Im Gegenteil, ich bin nach wie vor der Auffassung, dass die Steuern gesenkt werden müssen, um mehr Handlungsspielraum zu schaffen. Aber wir müssen uns bei den Ausgaben wesentlich stärker disziplinieren und uns fragen,

was notwendig ist und was nicht. Von den finanzpolitischen Spielräumen der Parlamente zu sprechen, bedeutet immer, dass man noch über Geld verfügen und es auch ausgeben kann. Das darf kein kreditfinanziertes Geld sein.

Herr Kollege Hartloff, deswegen freue ich mich darauf, ebenso wie wohl auch Kollege Mertin

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– er wird es gleich sagen können –, dass wir jetzt in medias res gehen und über die Umsetzung dessen, was wir hier vorhaben, sprechen. Aber das wird nicht ganz einfach werden. Das weiß ich jetzt schon. Nur, wir sollten uns stark an dem Grundsatz orientieren, dass wir nicht nur für uns, sondern auch für die nachfolgenden Generationen Politik machen. Dazu gehört schlichtweg, dass wir die Verschuldung zurückfahren. Ausgabenbegrenzung und Einnahmengenerierung – das muss unser Ziel sein. Lassen Sie uns, anders als bei dem vorherigen Punkt der Tagesordnung, diesen Weg im Konsens gehen. Dazu bin ich bereit, keine Frage. Ich glaube, wir sind da auf einem guten Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Mertin das Wort.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer sich die Haushaltssituation des Bundes und der Länder anschaut, wird feststellen, dass die bisherigen Bremsen, die einer Zunahme der Verschuldung Einhalt gebieten sollten, wohl tatsächlich nicht optimal funktioniert haben – um es vorsichtig zu sagen. Wir haben auf diesen Ebenen einen Verschuldungsgrad erreicht, der dafür sorgt, dass zukünftige Generationen jetzt schon mit einer sehr hohen Erblast belastet sind. Deshalb ist es vernünftig, hier nach Wegen zu suchen. Deshalb ist es im Grunde auch vernünftig, dass sich auf der Bundesebene die sogenannte Föderalismuskommission II auf den Weg gemacht hat, um hier Regelungen zu finden.

Ich glaube, Herr Kollege Baldauf sprach von einem Schönheitsfehler oder vom „Selbstverständnis des Parlaments“. Ich möchte es noch eindringlicher formulieren: Der auf Bundesebene gefundene Kompromiss hat aus der Sicht eines Landesparlaments einen ganz erheblichen Schönheitsfehler. Aus der Sicht eines Landesparlaments – das muss man hier konstatieren. Ich spreche hier als Landesparlamentarier und danke an dieser Stelle ganz ausdrücklich dem Präsidenten des Hohen Hauses, Herrn Präsidenten Mertes. Ich habe sehr wohl wahrgenommen, wie Sie für die Rechte des Parlaments an dieser Stelle gestritten haben. Das muss festgehalten werden.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Dieser Kompromiss hat nämlich einen Schönheitsfehler. Darüber kann man, verfassungsrechtlich gesehen, wie immer so oder so diskutieren, aber aus Sicht eines Landesparlaments hat der auf Bundesebene gefundene Kompromiss den Schönheitsfehler, dass die Bundesebene beschließt, was wir hier demnächst zu beschließen haben. Das kann so nicht ganz richtig sein. Das Haushaltsrecht ist eines der elementarsten Rechte eines Parlaments, und das wird durch die „Modernisierung“ auf Bundesebene jetzt in einem gewissen Umfang zurückgedreht.

Trotzdem sind wir uns im Hohen Hause einig, dass an dieser Stelle auch im Land – aber aus eigener Einsicht und aus dem Respekt vor den zukünftigen Generationen – ein Weg gesucht werden soll, um die entsprechenden Schuldenbremsen einzuführen. Das wird nicht ganz einfach sein, auch wenn unsere drei Fraktionen das erklärt haben; denn über Formulierungen kann häufig im Detail gestritten werden.

Man muss auch sehen, dass auf der Bundesebene und der Landesebene Schuldenbremsen eingeführt werden. Dabei dürfen wir aber unsere Kommunen nicht vergessen. Auch sie leiden unter sehr hohen Verschuldungsgraden. Bei solchen Neuregelungen muss man auch die Kommunen mit in den Blick nehmen. Schließlich müssen auch sie künftig finanziell so ausgestattet werden, dass auch sie handlungsfähig sein können.

Insofern hoffe ich, dass es in den nächsten Wochen in der von uns verabredeten Arbeitsgruppe gelingt, Formulierungen zu finden, die – Herr Kollege Hartloff, da stimme ich Ihnen zu – nicht ganz so kompliziert und ausschweifend sind, wie sie auf der Bundesebene gefunden wurden, die aber deutlich machen, dass dieses Parlament in dieser Legislaturperiode eine Regelung treffen will, die es verhindert, dass künftige Generationen mit weiteren Erblasten der Verschuldung in die Zukunft entlassen werden. Das wird schwierig.

Es wird auch schwierig sein, das innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens zu erreichen. Das wird bei allen Beteiligten auch in den nächsten Jahren ein erhebliches Maß an Disziplin erfordern und erforderlich machen, aber ich meine, wir sollten die Gunst der Stunde nutzen und eine gute, für die Zukunft tragfähige Regelung treffen. Ich hoffe, dass es in den nächsten Wochen gelingt, eine solche Regelung gemeinsam zu verabreden.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Herr Staatsminister Professor Dr. Deubel hat das Wort.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich den gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen, auch in Rheinland-Pfalz eine eigenständige neue Regel zur Begrenzung der Neuverschuldung zu finden. Das entspricht unserem gemeinsamen Selbstverständnis.

Die Landesregierung hat kürzlich im Bundesrat der Grundgesetzänderung zugestimmt mit ausdrücklichem Hinweis auf die gemeinsame Entschließung der drei Fraktionen. Sie hat dazu eine Protokollerklärung abgegeben und dabei deutlich gemacht, dass es natürlich Angelegenheit der Landesparlamente sein muss, dafür zu sorgen, dass sich die Neuverschuldung in engen Grenzen bewegt.

Die Finanzreform der 60er-Jahre war gut gemeint, hat aber letztendlich ihr Ziel verfehlt, weil die bisherige Schuldenregel nur in schlechten Zeiten ihre Wirkung entfaltet hat, da in guten Zeiten eben die Möglichkeit viel zu weitgehend ausgeschöpft wurde, verfassungskonform neue Schulden bis zur Höhe der Bruttoinvestitionen zu machen.

Die neue Regel muss an der Stelle ansetzen, dass auch in guten Zeiten darauf geachtet wird, dass Haushalte konsolidiert werden. Es muss darauf geachtet werden, dass keine neuen Schulden aufgebaut werden, sondern Schulden abgebaut werden.

Vielleicht ist es ganz gut, dass gerade jetzt, wo die neuen Schulden beim Bund und bei den Ländern massiv nach oben gehen, dieser Konsens gefunden wurde und auch im Land umgesetzt wird; denn die Konsolidierungsaufgaben der nächsten Jahre sind gewaltig.

Bund und Länder werden voraussichtlich im nächsten Jahr ein strukturelles Defizit von zusammen rund 100 Milliarden Euro haben. Zwei Drittel davon entfallen auf den Bund und ein Drittel auf die Länder. Das bedeutet für den Bund eine Größenordnung von 67/68 Milliarden Euro. Der Bund hat sich vorgenommen, diese Verschuldung bis 2016 auf ca. 8 Milliarden Euro abzusenken. Das bedeutet, er muss jährlich 10 Milliarden Euro konsolidieren. Das entspricht 4,5 % seiner Steuereinnahmen. Es soll also mehr konsolidiert werden, als in normalen oder guten Zeiten jährlich zusätzlich an Steuereinnahmen entsteht.

Bei den Ländern geht es insgesamt gesehen um rund 35 Milliarden Euro, die bis 2020 zu konsolidieren sind. Das sind 3,5 % der Steuereinnahmen. Rheinland-Pfalz steht ziemlich genau im Durchschnitt. In Rheinland-Pfalz wird es um eine Größenordnung von rund 2 Milliarden Euro gehen, die bis 2020 zu konsolidieren sind. Das ist auch eine gewaltige Aufgabe. Das bedeutet, dass Jahr für Jahr ungefähr 2 % unserer Steuereinnahmen zusätzlich zu konsolidieren sind. Das bedeutet, zehn Jahre müssen dazu benutzt werden, den Haushalt dahin zu bringen, wo er 2020 sein sollte, nämlich keine neuen Schulden mehr.

Das wird nur gelingen, wenn die Einnahmenbasis des Bundes und der Länder voll erhalten bleibt. Wenn das nicht realisiert wird, wird uns das nicht gelingen. Das ist einfache Rechenkunst. Das heißt, mit der neuen Regel wird man sich in den nächsten Jahren sehr genau überlegen müssen, wie man die Einnahmen der öffentlichen Haushalte sichert, um die neuen Ziele erreichen zu können.

Es ist gut, dass es die gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen der Landesregierung und den Fraktionen gibt. Die

Landesregierung wird sich in sie selbstverständlich konstruktiv mit Vorschlägen und Hilfen einbringen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass nach dem Auftrag und dem klaren Willen aller Beteiligten, ein solches Ergebnis zu erzielen, es auch in diesem Jahr gelingen wird, in der Landesverfassung eine eigenständige Schuldenregel zu installieren, die langfristig haltbar ist. Das ist dann gelebter Föderalismus. Das ist wesentlich besser, als wenn nur im Grundgesetz eine Vorgabe steht. Ich meine, das schaffen wir gemeinsam. Ich freue mich auf die Aufgaben der nächsten Monate in diesem Jahr.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Eine Überweisung des Antrags wird nicht gewünscht. Deshalb können wir direkt über diesen Entschließungsantrag abstimmen. Wer dem Entschließungsantrag „Föderalismusreform II – Schuldenbremse für Rheinland-Pfalz“ – Drucksache 15/3468 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Entschließungsantrag einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 15/2963 –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses
– Drucksache 15/3507 –

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/3511 –

Zunächst hat der Berichterstatter, Herr Bernhard Henter, das Wort.

Abg. Henter, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 4. Februar 2009 ist der Gesetzentwurf an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 25. Sitzung am 26. Februar 2009, in seiner 26. Sitzung am 19. März 2009 und in seiner 27. Sitzung am 7. Mai 2009 beraten. In seiner 26. Sitzung am 19. März 2009 hat der Innenausschuss ein öffentliches Anhörverfahren durchgeführt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 42. Sitzung am 28. Mai 2009 beraten.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 30. Sitzung am 23. Juni 2009 beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen. –

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Ich danke Herrn Kollegen Henter für die Berichterstattung. – Wir kommen dann zur Beratung des Gesetzentwurfs. Gibt es Wortmeldungen? – Herr Kollege Henter, Sie haben das Wort.

Abg. Henter, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich erst noch ein paar Sätze zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der mir heute zu Gesicht gekommen ist, sagen, und zwar insbesondere zu Buchstabe f. Diesem liegt wohl der Fall der Ortsgemeinde Mandern zugrunde. Das ist ein außergewöhnlicher Fall. Es ist zu begrüßen, dass diese Sache geregelt wird.

Die Ortsgemeinde Mandern hat hohe Gewerbesteuer-vorauszahlungen gehabt und entsprechende Umlagen an die Verbandsgemeinde und den Landkreis abgeführt. Später ist der Gewerbesteuerbescheid geändert worden. Es musste alles zurückbezahlt werden. Die Gemeinde ist aber auf den Umlagen sitzen geblieben und hat dadurch ein riesiges Minus im Haushalt. Diese Geschichte sollte geregelt werden. Wir begrüßen diese Änderung. Diese sollte auf den Weg gebracht werden.

(Beifall des Abg. Baldauf, CDU)

Zum gesamten Gesetz will ich sagen, dass keine große systematische Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes vorliegt. Es geht um neun oder zehn Einzelregelungen, die zum Teil vernünftig sind.

Wir können nur begrüßen, wenn bei den Sportvereinen mit eigenen Sportanlagen und bei Schulen in freier Trägerschaft Förderungen gewährt werden können. Wir sind auch dafür, dass im Ausgleichsstock die Möglichkeit geschaffen werden soll, kommunalen Gebietskörperschaften in außerordentlichen Lagen Hilfen zu gewähren, wobei sich dann, Herr Minister, die Frage stellt, wann diese außerordentlichen Lagen eintreten. Das können wir aber mittragen. Auch die folgenden Nummern 6, 7 und 8 erscheinen uns sehr vernünftig.

Bedenken haben wir allerdings, wenn es um die finanzielle Ausstattung unserer Kommunen geht. Ich will Ihnen ausdrücklich konstatieren, dass Sie mit Ihrem Gesetzentwurf einen kleinen Schritt auf dem richtigen Weg sind, aber unseres Erachtens nur einen ganz kleinen Schritt.

Die Befürchtungen, die die CDU zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens bezüglich dieses Gesetzes hatte,

haben sich in der Anhörung, die der Innenausschuss durchgeführt hat, in vollem Umfang bestätigt. Die rheinland-pfälzischen Kommunen haben leider 19 Jahre in Folge einen negativen Finanzsaldo zu verzeichnen.

Die Finanzlage ist insbesondere bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten besorgniserregend. Wir alle – nicht nur ich, sondern auch die Kollegen – erhalten Resolutionen, zum Beispiel von der Stadt Ludwigshafen und der Stadt Landau, in denen auf die besorgniserregende katastrophale Finanzlage hingewiesen wird. Die Landkreise haben pro Jahr ein Defizit von 150 Millionen Euro. Die Kassenkredite sind in Rheinland-Pfalz inzwischen auf ca. 3,7 Milliarden Euro aufgelaufen.

Der Rechnungshof hat in seinem letzten Bericht diese Sicht der Dinge in vollem Umfang bestätigt und weist ausdrücklich darauf hin, dass die Finanzlage der kommunalen Haushalte in Rheinland-Pfalz besorgniserregend sei. Dies zeige sich auch im Ländervergleich.

Sie wollen die Schlüsselzuweisungen B 1 bei den Landkreisen und kreisfreien Städten in geringem Umfang erhöhen und bei den Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden eine Glättung der Beträge vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Maßnahmen sind unzureichend, um die katastrophale Finanzlage der Landkreise und kreisfreien Städte zu beiseitigen und Abhilfe zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte einen weiteren Punkt nennen, der vom Ansatz her zu begrüßen ist. Sie haben den Schulansatz erhöht. Das sehen wir auch so. Das ist eine gute Sache. Sie weigern sich aber, eine Regelung aufzunehmen, die es gestatten würde, auf der Kreisebene eine Schulumlage einzuführen, wie wir sie auf der Verbandsgemeindeebene haben.

Ich verstehe Ihre Weigerung nicht, wieso man nicht wenigstens eine Rahmenvereinbarung einführt, wie sie der Gemeinde- und Städtebund gefordert hat, um Verträge zwischen den Kreisen und Verbandsgemeinden abzuschließen.

Der Hintergrund ist, dass wir nachher Verbandsgemeinden haben werden, die weiter Träger der Realschule plus bleiben wollen. Wir werden aber auch Verbandsgemeinden haben, die nicht Träger der Realschule plus sind. Dort ist es der Landkreistag. Dadurch haben wir eine vollkommen ungleichmäßige Gewichtung bei der Kreisumlage.

Von Herrn Pörksen wird im Innenausschuss entgegengehalten, dass man das alles freiwillig regeln kann. Man kann das freiwillig regeln. Das ist aber eine freiwillige Regelung. Wir haben eine Aufsichtsbehörde. Diese sagt dem Landkreis, dass man das nicht freiwillig regeln darf, weil es eine freiwillige Leistung ist. Dann wird aus der freiwilligen Regelung eine Nichtregelung. Wenn wir dies im Gesetz geregelt hätten, wäre die Rechtssicherheit in viel größerem Umfang gegeben, als wenn wir darauf

abstellen, dass die Landkreise freiwillig bereit sind, Verträge abzuschließen,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

es sei denn, Herr Minister – das will ich Ihnen nicht unterstellen –, das Gesetz soll intendieren, dass die Verbandsgemeinden nach und nach ihre Schulträgerschaft freiwillig auf die Landkreise übertragen, damit sie von den Kosten entlastet werden.

(Glocke des Präsidenten)

Dagegen sprechen wir uns aus, weil wir die kommunale Selbstverwaltung hochhalten und eine echte Freiwilligkeit in diesem Bereich einführen wollen. Aus diesem Grund können wir dem gesamten Gesetzentwurf leider nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harald Schweitzer.

Abg. Schweitzer, Harald, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Henter, wir beraten heute abschließend nicht über ein neues Landesfinanzausgleichsgesetz, sondern über eine Weiterentwicklung und Anpassung an neue strukturelle Gegebenheiten.

Dazu hat der Innenausschuss eine Anhörung durchgeführt, bei der die kommunalen Spitzenverbände gesagt haben, dass mehr Geld in den Landesfinanzausgleich gezahlt werden muss. So haben Sie es auch gesagt. Das kommt aber nicht überraschend. Das ist die Aufgabe der kommunalen Spitzenverbände, sonst bräuchte man sie nicht. Insofern muss man dafür Verständnis haben.

Die Nummer, die die CDU bei der Anhörung und auch später abgegeben hat, kam auch nicht überraschend. Jeder, der mehr Geld vom Land fordert, wird von der CDU unterstützt. Jeder, der höhere Ausgaben vom Land fordert, bekommt von der CDU recht. Jeder, der eine höhere Förderung vom Land verlangt, bekommt von der CDU auf die Schultern geklopft.

Meine Damen und Herren, um 10:00 Uhr verlangen Sie höhere Ausgaben. Um 11:00 Uhr wollen Sie mehr sparen. Um 12:00 Uhr wollen Sie eine Steuersenkung. Um 13:00 Uhr sind Sie für eine Schuldenbremse. Das ist der absolute Irrsinn.

(Beifall der SPD)

Das muss man erst einmal auf die Reihe bringen, nämlich höhere Ausgaben für alles Mögliche zu verlangen und gleichzeitig mehr zu sparen. Wer so populistisch

und kurzfristig daherredet, ist finanzpolitisch nicht mehr ernst zu nehmen.

Der gute Adam Riese aus Staffelstein würde sich im Grab umdrehen, wenn er von den Rechenkünsten und Finanzspielchen der CDU in Rheinland-Pfalz wüsste. Es wird von niemandem bestritten, dass die Kommunen in einer schwierigen Finanzlage sind. Wer dies aber dem Land anhängen will, handelt unredlich und beweist, dass er sich nicht die Mühe macht, in die kommunalen Haushalte hineinzuschauen.

Die Ausgaben der Kommunen sind im früheren Einzelplan 4, der sozialen Sicherung, explodiert, und zwar deshalb, weil der Bund in den 80er-Jahren insbesondere unter der Regierung von Helmut Kohl die Kosten für die Sozialhilfe, die Jugendhilfe, die Eingliederungsmaßnahmen etc. auf die Kommunen abgedrückt hat, koste es, was es wolle.

(Beifall bei der SPD)

Man hat sich damals seiner Wohltaten gerühmt und die Kommunen bezahlen lassen. Frau von der Leyen ist dabei, wieder eine solche Politik einzuführen, die nicht gut gehen kann. Dies bestätigen übrigens auch die kommunalen Spitzenverbände.

Herr Beucher sagte in der Anhörung auf Nachfrage meines Kollegen Noss – ich zitiere –: „Sozial- und Jugendhilfe ist das Hauptproblem in unseren Haushalten. Das Kernproblem besteht darin, dass man uns mit diesen Lasten alleinlässt.“ – Herr Beucher hat recht.

Solange die CDU dies ignoriert und verleugnet, wird sie nicht in der Lage sein, den Kommunen zu helfen. Wenn Sie den Kommunen wirklich helfen wollen, stimmen Sie endlich mit der SPD für einen allgemeinen Mindestlohn, damit Menschen auch von ihrer Arbeit ordentlich leben können und nicht zum Sozialamt ihrer Gemeinde geschickt werden müssen! Das wäre eine finanzielle Entlastung unserer Kommunen.

(Beifall der SPD)

Das, was das Land tun kann, hat es getan, und zwar mehr als alle anderen Bundesländer. Der Beistandspakt und der Stabilisierungsfonds sind in Deutschland einmalig und bringen den Kommunen verlässlich steigende Einnahmen.

Mit diesem Gesetz, das wir heute verabschieden, erhalten die Kommunen erneut mehr Geld vom Land, übrigens mehr, als die CDU bei den Haushaltsberatungen beantragt hat. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen. Das Gesetz bringt den Kommunen mehr Geld. Wenn Sie dagegen sind, werden wir es auch den Kommunalpolitikern insbesondere Ihrer Fraktion sagen.

(Beifall der SPD)

Das Gesetz hilft zielgenau dort, wo die Kommunen die meisten Hilfen benötigen. Was kann man eigentlich dagegen haben, dass die Förderung von Sportvereinen mit eigenen Sportstätten durch das Land auf eine klare rechtliche Grundlage gestellt wird? Diese Vereine erspa-

ren den Gemeinden Geld. Deshalb unterstützen wir sie. Das ist auch richtig.

Was kann man dagegen haben, dass wir private Träger beim Schulbau finanziell fördern? Immerhin übernehmen diese staatliche Aufgaben. Deshalb müssen sie auch vom Staat gefördert werden.

Ist es nicht auch zeitgemäß, dass künftig Standards bei der Abfallvermeidung, bei dezentralen Energieversorgungskonzepten, bei Maßnahmen der Energieeinsparung oder der Einsatz erneuerbarer Energien durch das Land gefordert werden? Wir sind für eine innovative Umwelt- und Energietechnologie. Wir reden nicht darüber, sondern wir machen's einfach.

(Beifall der SPD)

Ist es falsch, dass wir den Stabilisierungsfonds so weiterentwickeln, dass die Finanzausgleichsmasse für die Kommunen gegenüber dem Jahr 2008 um weitere 40 Millionen Euro und im nächsten Jahr sogar um 61 Millionen Euro steigen wird? Das ist mehr, als die CDU jemals in diesem Hause beantragt hat.

Ich finde es auch interessant, dass die CDU nicht die für die Erhöhung der Schlüsselzuweisung B 1, nicht für eine Anhebung des Schulansatzes und nicht für den Ausgleichsstock ist, der unverschuldet in Not geratenen Kommunen helfen soll. Übrigens, auch das werden wir draußen sagen.

Wir ziehen aber auch Konsequenzen aus den Ergebnissen der Anhörung.

Es ist erfreulich, dass sich die Kommunen trotz angespannter Finanzlage nicht von der Kultur verabschieden. Deshalb nehmen wir im Gesetzentwurf Musikschulen und Museen mit überwiegend kommunaler Beteiligung in der Rechtsform von Stiftungen, Vereinen und GmbHs auf. Gleiches gilt für Sportorganisationen, die sich die Pflege des Breiten-, Freizeit- und Leistungssports zur Aufgabe gemacht haben und die für jedermann offen stehen müssen.

Die Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und die Kinderpflege werden geregelt, und zwar kommunalfreundlich.

Durch die Änderung der Umsatzsteuerverteilung erhält das Land Mittel zur Finanzierung von Betriebskosten zum Ausbau der Betreuungsangebote. Mit diesem Gesetz ist sichergestellt, dass der auf Rheinland-Pfalz entfallende Anteil in voller Höhe zeitnah für die Finanzierung von Kindertagesstätten eingesetzt werden kann.

Hier verschwindet also kein Geld in irgendwelchen anderen Töpfen oder im allgemeinen Finanzausgleich, nein, das Geld kommt unmittelbar dem Kindergarten, den Trägern und den Kommunen zugute.

Schließlich korrigieren wir zugunsten der Gemeinden einen Sachverhalt, der vorher noch nie aufgetreten ist und von dem niemand glaubte, dass er je eintreten könnte, nämlich das Auftreten einer negativen Steuer-

kraftmesszahl. Ich erspare es mir, einiges dazu zu sagen. Herr Kollege Henter hat das getan.

Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf erhebt nicht den Anspruch, die kommunalen Haushalte sanieren zu können. Er will aber einen Beitrag zur Verbesserung der Finanzlage der Kommunen leisten und neue Entwicklungen in Politik und Gesellschaft aufnehmen und berücksichtigen. Er trägt zu einer gerechteren Verteilung der Finanzströme bei und begleitet wichtige Reformprojekte des Landes.

Ich denke, insofern ist es ein guter Gesetzentwurf, und weil er gut ist, wird die SPD-Fraktion ihm zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Bevor ich das Wort an Herrn Kollegen Auler erteile, möchte ich als Gäste Mitglieder des Pfaff-Seniorenkreises begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren begrüße ich als Gäste Mitglieder des Verbandes der Beamten der Bundeswehr. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Jetzt hat Herr Kollege Auler das Wort.

Abg. Auler, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schweitzer, ich finde es übrigens sehr ehrlich von Ihnen, dass Sie sagen, dass der Gesetzentwurf nicht den Anspruch erhebt, die Schuldenlage in den Kommunen in Rheinland-Pfalz regeln zu können. Ich finde das sehr ehrlich; denn wir haben – die Zahl wurde eben genannt, Herr Kollege Henter – 3,7 Milliarden Euro Kassenkredite. Ich glaube, wir machen uns viele Gedanken, wie man diese abbauen kann. Aber ich glaube, der Fehler liegt auch darin, dass wir viel zu lange gewartet und die Kassenkredite viel zu hoch haben auflaufen lassen. Ich glaube, da muss man unbedingt einschreiten, um das nicht weiter ausufern zu lassen.

Nichtsdestotrotz sehen wir in dem Gesetzentwurf, dass insgesamt höhere Schlüsselzuweisungen verteilt werden und insbesondere die kreisfreien Städte, aber ganz besonders die Landkreise von diesen höheren Zuweisungen profitieren. Im Rahmen der kommunalen Verwaltungsreform werden Gelder bereitgestellt für freiwillige Fusionen, so, wie wir es in Cochem und Cochem-Land schon erlebt haben. All das begrüßen wir ausdrücklich.

Wogegen wir uns wehren, wovor wir gewarnt haben, das sind die Kosten für die Schulstrukturreform.

Meine Kollegin Nicole Morsblech hat vor Kurzem, vor wenigen Wochen darauf hingewiesen, wie teuer uns diese Schulstrukturreform kommt. Es ist in der Tat so, es wurde uns über Monate gesagt, die Dächer sind gebaut, wir brauchen keine neuen Schulen, und nun, was ist heute? –

Die Kommunen, die Schulträger, müssen Millionen investieren, um diese Schulstrukturreform umzusetzen. Das ist viel Geld, das man für die Konsolidierung hätte einsetzen können. Dies wird nun für diese Schulstrukturreform verbaut.

Hinzu kommt, dass die Schulträger eben nicht nur alle in einer Hand sind. Ich sehe nicht – wie Herr Kollege Henter –, dass man eine Umlage einführen sollte; denn lieber Herr Kollege Henter, wer bezahlt letztendlich die Umlage? – Die Umlage wird letztendlich von den Ortsgemeinden gezahlt.

(Beifall des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Wir können die Ortsgemeinden nicht immer weiter belasten. Manche Ortsgemeinden haben schon 80 % ihrer Einnahmen an Umlagen zu zahlen, teilweise noch mehr. Das geht nicht.

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Da sage ich mir, dann hätten die Verbandsgemeinden auf ihre Schulträgerschaft verzichten und dem Landkreis übertragen sollen. Wir hätten alles in einer Hand gehabt und könnten jetzt ganz gezielt diese Gelder bei den Landkreisen so, wie man es versucht, einsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, ich brauche hierzu nicht mehr viel mehr zu wiederholen. Die Zahlen sind genannt worden.

Sie werden aber aufgrund der Argumentation verstehen, dass wir uns bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf enthalten werden, weil wir einerseits zwar sehen, dass vieles begünstigt wird, aber andererseits die Ausgaben für die Schulstrukturreform, vor denen gerade die FDP-Landtagsfraktion immer gewarnt hat, nun doch eintreten. Wir werden uns deshalb in der Abstimmung enthalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Staatsminister Bruch das Wort.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist die abschließende Beratung, und wir haben über die Punkte, die anstehen, in unterschiedlicher Intensität schon einmal hier geredet, nicht nur einmal,

sondern mehrmals, auch in den Ausschüssen. Wir hatten Anhörungen. Insoweit gibt es eigentlich kein neues Argument.

Wir haben insgesamt eine Veränderung vor, die eine Fortschreibung des Landesfinanzausgleichsgesetzes, aber auch in der Substanz eine deutliche Verbesserung vorsieht.

Durch eine Veränderung des Stabilisierungsfonds werden wir die Finanzausgleichsmasse, also die verteilte Masse, die die Kommunen bekommen, um 40 Millionen Euro und noch einmal um 61 Millionen Euro steigern. Es gab am Anfang in der Diskussion durchaus die Frage, ob dies genug ist. Es kann nie genug sein, wenn man sich die Situation der Landkreise, Kommunen und Städte insgesamt anschaut.

Da gebe ich denjenigen recht, die darauf hingewiesen haben, dass wir Kassenkredite von über 3 Milliarden Euro haben. Das macht mich nicht nur besorgt, sondern es wird sich im Herbst die Frage stellen, wie wir weiter mit dieser Entwicklung umgehen. Andere Länder haben stringenter gehandelt als der hier stehende Innenminister. Andere haben diese Kassenkredite untersagt. Diese müssten mit den entsprechenden Folgen für Umlagen und Ähnlichem mehr zurückgeführt werden.

Andererseits muss man sagen – das ist so –, dass die schlechte Finanzlage der Städte und Gemeinden sehr schwierig zu vergleichen ist, weil es sehr viele Eigenentwicklungen und Eigengewächse gibt. Aber es ist doch so, dass die Hauptbelastung aus den früheren Einzelplänen 4 und 5 kommt. Im doppischen Haushalt ist dies anders, das heißt, sie resultiert aus den sozialen Lasten, die auf den Landkreisen und Städten liegen.

Wer sich anschaut, wie die Verteilung aussieht, der muss sagen, Herr Abgeordneter Auler, dass wir mit Stand von heute eine Situation haben, in der es eine Ebene der Gebietskörperschaften gibt, die nicht so belastet ist, nämlich die Ortsgemeinden und die Verbandsgemeinden. Diese haben ein Finanzierungsplus von im Moment 54 Millionen Euro.

Herr Henter, eine Gemeinde ist darunter – leider Gottes nicht in Ihrem Bereich, wenn Sie sagen in Windhagen –, die 16 Millionen Euro Plus hat.

(Schmitt, CDU: Das ist die Ausnahme!)

Es gelingt dem Landkreis nicht, eine gespaltene Kreisumlage einzuführen. Es gelingt aber auch nicht, die Gemeinde dazu zu bringen, dass sie etwas investiert. Viele von uns tragen bzw. haben kommunale Mandate getragen, oder sie tragen Verantwortung als Ortsbürgermeisterin oder Ortsbürgermeister. Da muss man sagen, dass immer eine entscheidende Frage ist, wer durch das Landesfinanzausgleichsgesetz entsprechend be- oder entlastet wird. Darüber werden wir uns im Herbst sehr ernsthaft unterhalten müssen. Mit „unterhalten“ meine ich, wir werden etwas entscheiden müssen.

Wir gehen einen ersten Schritt, indem wir die Schlüsselzuweisung B 1 für die kreisfreien Städte und Landkreise deutlich erhöhen. Auch das ist gesagt worden. Wir ha-

ben im Bereich der Verbandsgemeinden sehr bescheiden eine kleine Erhöhung vorgenommen.

Die Schulansatzsituation ist diskutiert worden.

Herr Abgeordneter Auler, ich weiß nicht, woher Sie das haben, dass die Schulstrukturreform – Realschule plus usw. – viel Geld kostet. Das können wir aus den vorliegenden Investitionsplänen nicht sehen, jedenfalls bisher nicht. Aber vielleicht wird man schlauer.

Was Herr Abgeordneter Henter angesprochen hat, betraf die Frage der möglichen Doppelbelastung.

Das ist eine interessante Entwicklung gewesen. Das wissen Sie auch.

Ich bin ein Fan davon gewesen zu sagen, wir nehmen einen Schulträger für weiterführende Schulen. Das wollte der Gemeinde- und Städtebund nicht, Herr Abgeordneter Auler. Sie wissen ja, wie Umlagen sich zusammensetzen.

Damit ist die Entscheidung eigentlich gefallen, dass man gesagt hat, okay, wir setzen auf freiwillige Lösungen. Da war die Freude groß. Als die Freude überdacht worden ist, wurde der Innenminister gefragt: Machen Sie jetzt eine Regelung, wie diese freiwillige Regelung denn aussehen könnte, damit es nicht zu einer Doppelbelastung kommt, damit ich nicht möglicherweise für zwei Schulen zahlen muss, weil ich noch eine eigene Schule habe?

Da muss ich sagen, hat sich meine Begeisterung doch arg zurückgebildet, weil man nicht auf der einen Seite für sich reklamieren kann, dass man in der Trägerschaft frei agieren kann und keine Linie braucht, die die Landesregierung vorgibt, sondern man das alles selbst regeln kann, aber dann, wenn es darauf ankommt, dass es möglicherweise zu Konfliktlinien kommt, den Konflikt dem Innenminister vorlegt und sagt: Jetzt lösen Sie einmal die Frage, wie das bei mir und meinem Landkreis aussehen soll. –

Meine Damen und Herren, von daher gesehen war die Lösung durch Stärkung des Schulansatzes natürlich verbunden mit dieser Schulstrukturreform eindeutig. Wir haben gesagt, wir werden dort den Ansatz pro Schülerin und Schüler erhöhen, und zwar deutlich von 30 % auf 50 %. Das ist ein Wort. Das haben Sie auch erklärt. Ich denke, das ist in Ordnung.

Das Zweite ist, dass wir – da bedanke ich mich ausdrücklich bei der SPD-Fraktion – das sogenannte negative Steuerkraftmodell aufgenommen und verändert haben. Das heißt, eine Gemeinde hat über Jahre hinweg einen guten positiven Steuerverlauf. Dann bekommt sie einen negativen, und am Schluss bleibt er negativ und geht ganz runter.

Das hatten wir bisher nicht gehabt. Wir hatten das über ein Jahr gehabt, wo man das aber auffangen konnte. Aber in dieser Intensität, wie das eine Ortsgemeinde leider Gottes erfahren hat, hatten wir es nicht. Ich denke, es ist in Ordnung, wenn es hier gelöst werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Strich drunter. Ich denke und weiß, dass wir einen ersten Schritt machen, um eine deutliche Verbesserung im Bereich der kommunalen Finanzen zu erreichen. Das wird nicht ausreichend sein. Aber ich sage Ihnen auch, wir werden uns zu einem bestimmten Zeitpunkt über diese Frage, wie gesagt, nicht nur unterhalten.

Dies kann das Land nicht lösen, kein Land kann das lösen, kein Flächenland. Wir liegen mit Niedersachsen – auch das muss man deutlich sagen – auf dem letzten Platz in der Frage der Finanzausstattung der Gemeinden.

Niedersachsen macht – wie der Kollege Schünemann mir gesagt hat – im Moment eine kommunale Verwaltungsreform aus diesem Grund. Niedersachsen setzt auf nur freiwillige Lösungen, nicht wie Rheinland-Pfalz auf eine freiwillige und dann auf eine Zeitlösung. Das Land überlegt sich aber, von dieser Lösung wegzukommen und auf eine freiwillige und Zeitlösung zu gehen, also mit einem Endpunkt, weil es dort auch sehr viele kleine Gemeinden und sehr viele kleine Gemeindeverbände gibt.

Wir liegen dort mit 97 % – wenn man die ganzen Flächenländer nimmt – gemeinsam auf einem letzten Platz. Wie können wir das ändern? Ich glaube nicht, dass die Finanzkraft des Landes ausreichen wird, das zu ändern, auch nicht im Rahmen der Diskussion, die wir zum vorherigen Punkt hatten, nämlich in der Frage, dass wir eine Nullverschuldung haben wollen.

Ich weiß, es wird nur mit dem Bund gehen. Ich weiß auch, dass die Leidenschaft des Bundes, egal wer die Bundesregierung führt, nicht so arg groß ist, mit den Gemeinden und den Ländern zusammen dafür zu sorgen, dass es den Gemeinden deutlich besser geht, zumal es immer noch Begehrlichkeiten gibt, die Gewerbesteuer, die uns die letzten zwei Jahre deutlich geholfen hat, auch noch bundesweit wieder zu verändern, und zwar, wenn es geht, abzuschaffen.

Je nach Koalition können wir uns dann anschauen, was nach dem 27. September auf uns zukommt.

(Mertin, FDP: Aber nicht ersatzlos!)

– Ich bin 1979 Stadtbürgermeister geworden und war von 1975 bis 1979 Beigeordneter. Ich habe die erste Gemeindereform, Steuerreform, unter Helmut Schmidt mitgemacht. Da wurde immer gesagt, wir werden die Gewerbesteuer verändern und werden einen Ersatz bekommen. Ich warte heute noch darauf, dass es einen entsprechenden Ersatz gibt. Ich sage das jetzt einmal als Kommunaler.

Jetzt gab es viele Reformen, aber zuletzt die Reform von Steinbrück war insoweit in Ordnung. Die Gewerbesteuer wurde uns belassen. Von daher gesehen hat das den Gemeinden auch geholfen.

Nur ist sie eine Steuer, die keine Verstetigung bringt. Sie ist eine Steuer, die mit der Konjunktur atmet, und die Konjunktur atmet einmal so und einmal so. Die spannende Frage wäre, wie wir eine Lösung hinbekommen,

die beides beinhaltet, eine Steuer, die diese Verlässlichkeit über die Jahre hinweg beinhaltet, und zweitens, ob es uns gelingt, weil kein Land – selbst die Bayern werden es nicht können – es aus eigener Steuerkraft hinbekommt zu sagen, wir stellen alle Gemeinden in der Frage frei: Wie geht das weiter mit den Kassenkrediten? Können wir die zurückfahren? Wie fahren wir sie zurück? Wie geht es weiter mit einer Ausgestaltung, die alle Gemeinden in eine Lage versetzt, die notwendige Finanzausstattung zu haben? – Dann gibt es noch die Frage: Was ist notwendig? Was ist Luxus? –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das alles kommt auf uns zu. Ich hoffe auf weitere gute Beratung. Herzlichen Dank, wenn Sie dieser Vorlage zustimmen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3511 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP bei Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2963 – in der zweiten Beratung unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Danke. Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP angenommen.

Wir kommen zu **Punkt 7** der Tagesordnung:

Landesgesetz zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3250 – Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 15/3508 –

Berichterstatterin ist die Kollegin Frau Kohnle-Gros.

Liebe Kollegin Frau Kohnle-Gros, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Lieber Herr Präsident, vielen Dank für das Wort.

Es geht um einen Gesetzentwurf der Landesregierung. Meine Damen und Herren, Sie haben das schon gehört. Der Gesetzentwurf ist im Haushalts- und Finanzausschuss beraten worden. Die Beschlussempfehlung dazu ist eben auch schon aufgerufen worden. Dem Gesetzentwurf soll zugestimmt werden.

Vielen Dank.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich bitte um Wortmeldungen. – Das Wort hat Herr Kollege Schreiner.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nahtlos an das anknüpfen, was ich auch schon bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs gesagt habe.

Das Kilometergeld für Dienstreisende der Landesverwaltung, die ihren eigenen Pkw nutzen, wurde zum letzten Mal im Jahr 2001 angepasst. Seitdem hat sich in der Welt der Autofahrer viel verändert.

Alle Preise sind gestiegen, die Preise für die Anschaffung eines Pkws, für die Wartung, für Reparaturen und für Ersatzteile. Die Versicherungssteuer wurde erhöht usw.

Die heftigsten Preisbewegungen gab es beim Treibstoff. Es hat in den letzten Jahren dramatische Formen angenommen, auch wenn es im Zuge der Wirtschaftskrise dort im Moment eine kleine Entlastung gibt, von der wir uns aber nicht täuschen lassen sollten. Auch die Spritpreise werden kontinuierlich nach oben gehen.

In der gleichen Zeit ist es, was die Realeinkommen im öffentlichen Dienst angeht, nicht besser geworden. Die Realeinkommen stagnierten, sie sind zum Teil sogar zurückgegangen.

Deshalb ist es absolut notwendig, die Erstattung der Kosten für die Nutzung des privaten Pkws endlich anzupassen. Die Anpassung bewegt sich in einem nur engen Rahmen, der bestimmt nicht das übersteigt, was in den letzten acht Jahren an zusätzlichen Kosten im Rahmen der Preisentwicklung auf die Nutzer ihres privaten Pkws zugekommen ist, im Gegenteil. Insofern ist das heute in zweiter Beratung vorgelegte Gesetz mehr als überfällig.

Wir sollten dabei vor allen Dingen auch in Rechnung stellen, dass niemand die Mitarbeiter der Landesverwaltung zwingen kann, ihren Pkw für Dienstreisen zur Verfügung zu stellen. Im Sinne der Effizienz einer Landesverwaltung ist es aber die Verwaltung, die davon profitiert, wenn dies ein Mitarbeiter, ein Bediensteter des

Landes, doch tut. Wir alle wissen, wie lange man unterwegs ist, wenn wir in unserem Flächenland Rheinland-Pfalz öffentliche Verkehrsmittel nutzen, und für viele Dienstreisen sind sie keine wirkliche Alternative. Zweifellos wäre die Bereitstellung eines umfangreichen eigenen Fuhrparks aus Sicht der Landesregierung und aus Sicht des Landeshaushaltsgesetzgebers in den meisten Fällen auch keine wirtschaftliche Alternative.

Wenn die Finanzen knapp sind, muss man zweifellos sparen, und man muss sparsam mit den Ausgaben umgehen. Aber wenn es um die Erstattung von Kosten geht, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Landes bei ihrer Arbeit entstehen, strecken diese im Grunde genommen aus ihrer eigenen Tasche Verwaltungskosten vor, und wir sind in der Pflicht, sie kostendeckend zu erstatten. Wenn nicht, kommt dies de facto einer Einkommenskürzung im Rahmen der Aufgabenerfüllung der Mitarbeiter gleich. Insofern bitte ich Sie, stimmen Sie dieser moderaten Anpassung der Reisekostenbestimmungen zu!

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Ramsauer.

Abg. Ramsauer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist kaum zu glauben, dass man sich mit Herrn Kollegen Schreiner tatsächlich einmal in fast allen Sätzen einig weiß.

Meine Damen und Herren, das vorliegende Gesetz ist notwendig, und wer daran Zweifel hat, braucht nur auf dem Heimweg an einer Tankstelle vorbeizufahren und sich die Spritpreise anzuschauen. Wir wissen, dass das, was wir im Haushalts- und Finanzausschuss besprochen haben, richtig ist und die Kilometersätze, die wir den Bediensteten zubilligen, nicht einmal die tatsächlichen Kosten eines Kfz-Betriebs erstatten.

Andererseits ist es auch die Erfüllung einer Zusage; denn die Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die Gewerkschaften und die Verbände des Beamtenbundes, liegen uns seit Jahren nicht unberechtigt in den Ohren. Wir haben sie mit Blick auf die Landeskasse und mit Blick auf den Haushalt immer wieder hingehalten, aber wir sind überzeugt, dass es nun an der Zeit ist, dass die Kilometersätze angehoben werden.

Wir wollten in dieser Frage nicht die Lokomotive im Geleitzug der Länder sein, aber ich denke, mitten im Zug der Länder steht es uns zu, dass wir uns bewegen, und dies tun wir im Augenblick. Wenn wir nun die Kilometersätze je nach Fall auf bis zu 30 oder 35 Cent anheben, so meine ich, ist dies nicht nur gerechtfertigt, sondern auch absolut notwendig.

Herr Kollege Auler, ich erinnere mich an Ihre Frage: Es ist auch steuerunschädlich für die Bediensteten im öffentlichen Dienst – das ist inzwischen geprüft worden –,

aber es ist auch steuerunschädlich für andere, die Gelder aus öffentlichen Kassen erhalten, beispielsweise für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verbänden. Ich habe beim letzten Mal schon den Landessportbund angesprochen, der nun in der Lage ist, an seine zahlreichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter entsprechende Sätze zu bezahlen.

Ich möchte auch heute noch einmal den Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wiederholen, die ihr Auto für dienstliche Zwecke zur Verfügung stellen. Ich möchte des Weiteren den Dank an das Finanzministerium wiederholen, dass Sie nicht gewartet haben, bis das Gesetzgebungsverfahren zu Ende ist, dessen Ausgang absehbar war, sondern im Sinne der Bediensteten eine Vorablösung möglich gemacht haben.

Meine Damen und Herren, dies ist sozusagen der Schlusspunkt der Besoldungsrunde für dieses Jahr. Wir haben in diesem Jahr die Gehälter um 3 % erhöht und werden sie im nächsten Jahr noch einmal um 1,2 % erhöhen. Wir erhöhen jetzt die Reisekostenentschädigung, und nun ist im Haushalts- und Finanzausschuss noch das i-Tüpfelchen hinzugekommen.

Wir haben unseren Antrag bereits in der ersten Lesung angekündigt, mit dem wir die Regelungen für die Altersteilzeit für die nächsten zwei Jahre verlängern wollen.

Deswegen heißt die Überschrift nun auch nicht mehr „Landesgesetz zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften“, sondern „Landesgesetz zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften und zur Verlängerung der Altersteilzeit“.

Wir wollen also die jetzt geltende Regelung für die Beamtinnen und Beamten im Staatsdienst, aber auch für die Richterschaft entsprechend fortschreiben. Deswegen muss auch das Richtergesetz geändert werden. Ich denke, dies ist für die Bediensteten eine gute Nachricht.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Kollege Thomas Auler.

Abg. Auler, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich natürlich für die FDP-Fraktion, dass die Reisekosten entsprechend angehoben werden. Es war für meine Begriffe höchste Zeit. Ich habe bereits 2006 für meine Fraktion eine Anhebung der Reisekosten gefordert.

Wir müssen uns einmal darüber klar werden, dass seit 1998 durch die rot-grüne Bundesregierung die Benzinpreise ganz erheblich durch die Ökosteuer und Ähnliches verteuert wurden. Wenn wir uns einmal überlegen, dass der Benzinpreis noch vor wenigen Wochen bei

1,50 Euro pro Liter lag, so entspricht dies einem Preis von 3 DM. Mit 3 DM haben wahrscheinlich vor wenigen Jahren nur die GRÜNEN gerechnet. Dies sind doch Preise, von denen wir immer gehofft haben, dass sie nie eintreten werden.

Nun sind wir dort angekommen, und wir müssen sehen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung, aber auch der Behörden, entsprechend entschädigt werden.

Wenn sie ihr privates Auto dienstlich einsetzen, müssen wir auch einmal sehen, dass das Land dadurch eine schöne Stange Geld spart. Deswegen ist es zu begrüßen, dass wir nunmehr an die Bediensteten mehr zahlen können. Ich bedanke mich, dass meine Frage nach der Besteuerung gelöst wurde und niemand Nachteile haben muss.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat nun Herr Finanzminister Professor Dr. Deubel.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es macht mir als Finanzminister fast uneingeschränkt Spaß, wenn sich alle drei Fraktionen einig sind. Der einzige Wermutstropfen ist, dass diese Maßnahme das Land 1,7 Millionen Euro pro Jahr kostet, und dies muss ich als Finanzminister immer zusätzlich erwähnen; denn jeder Cent, den das Land ausgibt, muss natürlich immer wohl erwogen sein. Aber im Bereich der Reisekosten war in der Tat aufgrund der gestiegenen Kosten eine Erhöhung überfällig.

Dass diese Erhöhung seit dem 1. Januar schon gewährt wurde, was nun auch rückwirkend beschlossen wird, ist aus der Sicht der Bediensteten erfreulich, aber auch aus Sicht der Verwaltung; denn stellen Sie sich nur einmal vor, wir hätten noch nicht bezahlt, dann müssten wir nun rückwirkend sämtliche Rechnungen erneut anpassen und die Differenz auszahlen.

Das wäre nicht besonders sinnvoll, und von daher hat auch die Verwaltung etwas davon gehabt, dass bereits im Vorgriff sei dem 1. Januar die höheren Kilometerentschädigungen bezahlt werden.

Die SPD-Fraktion hat den Teilbereich der Altersteilzeit mit aufgegriffen. Wir haben seit 2007 eine neue Regelung, die sich zum Ziel gesetzt hatte, dass die Altersteilzeit keine Subventionierung des vorzeitigen Eintretens in den Ruhestand ist, sondern ein Angebot darstellt, um den eigenen Ruhestand flexibler angehen zu können, entweder in Form der Blockaltersteilzeit oder in Form der Teilzeitversion, wobei noch zwischen den beiden Alter-

nativen bis zum Alter von 65 oder 68 Jahren gewählt werden kann.

Dabei muss man jedoch anmerken, dass die Variante bis zum Alter von 68 Jahren finanziell, bezogen auf das einzelne Jahr, deutlich attraktiver ist, aber ich mache keinen Hehl daraus, dass diese beiden Modelle finanziell in etwa gleichwertig sind mit dem normalen Eintreten in den Ruhestand mit 65 Jahren. Sie stellen also für das Land keine zusätzliche Belastung dar.

Als nun die bisherigen Erfahrungen mit dieser Regelung überprüft oder evaluiert worden sind, war es deswegen auch kein Wunder, dass als Ergebnis festgestellt werden konnte, dass die Alternativen finanziell neutral sind, es aber gleichzeitig den individuellen Möglichkeiten, Neigungen und Vorstellungen der Beamtinnen und Beamten sehr viel besser entgegenkommt, wenn man einen flexiblen Ausstieg aus dem Beruf ermöglichen kann.

Es ist übrigens ein Modell, das auch im Bereich der Tarifbeschäftigten erwogen werden sollte. Nur ist das Land da nicht zuständig, sondern der Bundesgesetzgeber.

Wie gesagt, es ist ausdrücklich so, weil es hier nicht um Prämierung und Subventionierung geht, sondern darum, einen flexiblen Ausstieg zu ermöglichen. Die Landesregierung hätte das normalerweise erst im Rahmen der Anpassung des allgemeinen Beamtenrechts eingebracht, das seit der Föderalismusreform I Angelegenheit der Länder ist, hat aber selbstverständlich kein Problem damit, wenn diese Regelung zum jetzigen Zeitpunkt schon um zwei weitere Jahre verlängert wird. Insofern ist auch diese Ausweitung durchaus im Sinne der Landesregierung. Ich freue mich, dass das Gesamtpaket – voraussichtlich, so nehme ich es an – vom gesamten Parlament beschlossen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die Beschlussempfehlung – Drucksache 15/3508 – ab. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/3250 – in zweiter Beratung unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Stimmenthaltungen? – Wer ist dagegen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesstraßengesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3294 – Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr – Drucksache 15/3509 –

Ich erteile Frau Abgeordneter Kohle-Gros das Wort zur Berichterstattung.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das war schon! –
Frau Schleicher-Rothmund, SPD:
Fredi Winter!)

– Ich erteile Herrn Kollegen Winter das Wort.

Abg. Winter, SPD:

Der nächste Winter kommt bestimmt!

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat am 14. Mai dieses Jahres beschlossen, den Gesetzentwurf zur Änderung des Landesstraßengesetzes an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat den Gesetzentwurf am 16. Juni 2009 und der Rechtsausschuss am 23. Juni 2009 beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet: Annahme des Gesetzentwurfs.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich danke Ihnen für die Berichterstattung.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/3294 – in zweiter Beratung, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer ist dagegen? – Stimmenthal-

tungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zur Fortentwicklung des Rechts der Gesundheitsfachberufe und zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen für den Bereich der Gesundheitsberufe
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/3334 –
Zweite Beratung

dazu:
Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses
 – Drucksache 15/3510 –

Ich erteile Herrn Kollegen Dincher das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Dincher, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Landesgesetz zur Fortentwicklung des Rechts der Gesundheitsfachberufe und zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen für den Bereich der Gesundheitsberufe wurde durch Beschluss des Landtags vom 14. Mai 2009 an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 32. Sitzung am 18. Juni 2009 beraten.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 30. Sitzung am 23. Juni 2009 beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Bauckhage:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dincher.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt, stimmen wir unmittelbar über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/3334 – ab. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltung? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/3471 –
Erste Beratung

Es ist vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln und an die Ausschüsse zu überweisen.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Innenausschuss – federführend – zu überweisen. Soll er auch an den Rechtsausschuss und den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen werden?

(Bracht, CDU: Ja! –
 Ramsauer, SPD: Ja!)

Der Gesetzentwurf wird also an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss und den Rechtsausschuss überwiesen. Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich lade Sie zur 70. Plenarsitzung am Donnerstag, den 25. Juni 2009, 9:30 Uhr, ein.

Ende der Sitzung: 16:47 Uhr.